

Reformisten boten 15 Prozent Lohnabbau

Unternehmer-Entwühlungen über Nordwest

In der Deutschen Gewerkschafts-Zeitung vom 22. Juni veröffentlichte der Geschäftsführer des Arbeitgeber-Verbandes der nordwestlichen Eisen- und Stahlindustrien, Staatsanwalt A. D. Grauert, unter der Überschrift „Ein Nachwort zum Dognahausener Schiedsspruch“ aufsehenerregende Angebote der Gewerkschaftsführer an die Eisen- und Stahlherren:

„Bei den Besprechungen mit den Gewerkschaften schlugen diese eine Verringerung der Arbeitszeit bis auf 40 Stunden die Woche ohne Lohnausgleich vor. Dieser Vorschlag ist insofern bedeutsam für die lohnpolitische Entwicklung geworden, als hier von Gewerkschaftsseite selbst die Forderung von Lohnausgleich bei verkürzter Arbeitszeit nicht erhoben wurde, was also auf dieser Seite für den einzelnen Arbeiter bei einer auf 10 Stunden verkürzten Arbeitszeit mit einer Verringerung des Einkommens um fast 15 Prozent in der Woche rechnet.“

Können die Gewerkschaften mit ihrem Vorschlag der Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich eine 15prozentige Verringerung des Lohnes vertreten zu können glauben, so war eine 15prozentige für die Preisfestsetzung und die damit für die Auftragsbewegung verwerfliche Lohnsenkung sicherlich keine allzu große Zumutung.“

Seit der Veröffentlichung in der Bergwerkszeitung sind drei Tage vergangen, ohne daß die reformistische Gewerkschaftsbürokratie es für notwendig erachtet hätte, auf die gegen sie erhobenen schweren Beschuldigungen auch nur mit einem Worte zu antworten. Das Schweigen der Gewerkschaftsbürokratie ist eine Bekräftigung dafür, daß die Behauptungen des Geschäftsführers der nordwestlichen Eisen- und Stahlindustrien den Tatsachen entsprechen.

Bislang hat über die Verhandlungen der verärräterischen Gewerkschaftsbürokratie mit der Mansfeld A.-G. Einzelheiten nicht bekannt geworden.

Aber zweifellos hat die reformistische Bürokratie auch in Mansfeld schändliche Angebote gemacht.

Das geht schon hervor aus den Vorläufigen, die in der Sitzung des Gesamtarbeiterrates der Mansfeld A.-G. von den reformistischen Betriebsräten gemacht wurden, man solle den Lohnraub auf 10 Prozent durchzuführen, oder man solle zuerst die „hohen Löhne“ abbauen.

Wenn der reformistischen Bürokratie der Verrat der Mansfeld-Kumpels nicht gelang, dann ist es einzig und allein der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der Kommunistischen Partei zu danken, die die Massen der Mansfeld-Kumpels für den Kampf mobilisierte, die den Streik organisiert haben, dann ist es nur zu danken der Zentralleitung der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Eisen, deren Führung sich die Mansfeld-Kumpels anvertraut haben.

Das Vorgehen der reformistischen Bürokratie in Nordwest, ihr verärräterisches Angebot ist eine Mahnung an die Mansfeld-Arbeiter,

sich enger als bisher schon um ihre revolutionäre Streikleitung zu schließen, noch zielbewußter als bisher gegen die Mansfeld A.-G. gegen schändlichen Streikbruch, gegen reformistisches Verrät zu kämpfen.

Durch Streik Lohnraub abgewehrt

Ein neuer Sieg der DWA-Opposition Groß-Solingen

(Eig. Meld.) Solingen, 24. Juni.

Der vor zehn Tagen unter Führung des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Opposition Groß-Solingen) begonnene Kampf der Handwerker der Firma Brenner, die einen von der Firma beschlossenen Lohnraub von 7 bis 8 Pfennig pro Stunde mit dem Streik beantworteten, ist mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter beendet worden.

Die Firma hat den streikenden Arbeitern die Mitteilung gemacht, daß der Lohnraub zurückgenommen wird und heute

morgen die Arbeit zu den bisherigen Löhnen und Bedingungen wieder aufgenommen werden kann.

Die Besetzung hat darauf bestanden, nachdem alle Besprechungen abgewehrt sind und somit unter Führung des DWA (Opposition) ein glänzender Erfolg angehebt der allgemeinen Lohnabbauoffensive erzielt wurde, die Arbeit wieder aufzunehmen. Bescheidend ist, daß die vorher nur zu einem Teil organisierten Streikenden geschlossen dem DWA (Opposition) beigetreten sind. Dieses Beispiel zeigt, daß die Arbeiterkraft nur unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition erfolgreich kämpfen kann.

Balzwert Reisholz wählt vorbereitenden Kampfausschuß

(Eig. Meld.) Düsseldorf, 24. Juni.

In einer Besetzungserklärung des zur Nordwest-Gruppe gehörenden Preß- und Balzwertes Reisholz, die von über 200 Kollegen besetzt war, sprach ein Vertreter der revolutionären Gewerkschaftsopposition über den beschlossenen Lohnraub.

Es wurde zur Mobilisierung der Besetzung und zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront im Betriebe ein vorbereitender Kampfausschuß gewählt.

Organisierte Landarbeiter jagen reformistische DWA-Bonzen in die Flucht

Am Sonntag, dem 22. Juni, fand in Nauendorf das Bezirksfest des Deutschen Landarbeiterverbandes statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung sollte die Einweihung der Reitschänke stehen.

Im vorigen Jahre hatten die Landarbeiter sich dagegen empört, daß sie hinter einer schwarzgetarnten Fahne herziehen sollten. Die DWA-Bonzen verzichteten den Landarbeitern, bis zu dem Kreisfest am 22. Juni in Nauendorf eine rote Fahne anzuhängen. Es wurden Sammlungen dafür durchgeführt. Jeder Landarbeiter mußte 20 Pf. geben.

Als nun am Sonntag die Fahne gemischt werden sollte, stellte es sich heraus, daß die Gewerkschaftsangehörigen eine Fahne angeschafft hatten, die wohl auf der einen Seite rot, auf der anderen Seite aber schwarzrot-gold war.

Kann hatte der Gauleiter Gaupe seine Weisung begonnen, als ein Enttäuschungsturm durch die Reihen der Landarbeiter ging.

In Jurasen wurden ihm die bittersten Vorwürfe darüber gemacht, daß er und die anderen Verbandsbürokraten für die Landarbeiter nichts tun, dafür aber mit den Gutsbesitzern gut Freund sind.

Ein Fahnenträger warf dem Herrn Gaupe seine schwarzrot-goldene Fahne vor die Füße.

Mit einem Satz war Herr Gaupe verknüpft. Im Festlokal, wohin ihm wenige seiner Getreuen folgten, hielt er dann eine Rede gegen die Kommunisten. Selbst da wurde ihm noch zugerufen: „Ach auf, wir holen dich gleich runter!“

Währenddessen waren zwei Arbeiter der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition auf die Rednertribüne gestiegen und sprachen zu der großen Mehrheit Landarbeiter, die auf dem Platze geblieben waren.

Mit kläglichem Beifall wurden ihre Ausführungen angenommen.

In denen sie den reformistischenerrat geißelten und den Weg aufzeigten, der allein die Landarbeiter aus ihrem Elend herausführen kann.

Streik unter Führung selbstgewählter Besetzungen, unter Führung der revolutionären Gewerkschafts-Opposition.

Mit Hochrufen auf die proletarische Revolution wurde die imposante Kundgebung geschlossen.

Im weiteren Verlaufe der Veranstaltung wurde sehr eifrig diskutiert. Selbst Landarbeiter, die schon lange Jahre dem Verband angehörten, mußten den Vertretern der revolutionären Gewerkschafts-Opposition recht geben.

Die Vorgänge in Nauendorf sind ein neuer Beweis dafür, daß die Landarbeiter den reformistischenerrat satt haben und daß sie gewillt sind, den Kampf aufzunehmen. Unsere Genossen müssen ihnen bei der Vorbereitung des Kampfes behilflich sein, müssen sie bei der Abhaltung der Zusammenkünfte, bei der Wahl der Streikleitungen, bei der Auslösung des proletarischen Selbstschusses auf den Elend unterstützen.

Es lebe der Streik der Landarbeiter!

Seuna hilft den Mansfeld-Kumpels

Von der Seuna-Zelle wurden den streikenden Mansfelder Bergproleten auf Grund von Sammlungen im Betriebe als erste Rate 142,25 Mark

überwiesen. Die Sammlungen gehen weiter. Genossen, verleiht eure Aktivität! Helft den Streikenden!

Solidaritätsaktion für die Mansfelder Arbeiter!

Der Kampf der Mansfelder Berg- und Hüttenarbeiter tritt in ein entscheidendes Stadium. Mit aller Gewalt wollen die Truhherren eine Entschädigung zu ihren Gunsten erzwingen. Alle Machtmittel der kapitalistischen Republik werden in den Dienst der Abwürgung des Kampfes gestellt. Durch Polizeiterrort will man die Streikenden niederknüppeln, um den Stahlheimstreikbrechern ihr schändliches Handwerk zu ermöglichen.

Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie leitet von Anfang an der Mansfeld A.-G. durch ihre verärräterische Taktik die besten Helfersdienste. Trotzdem geht der Kampf mit unerminderter Stärke unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition weiter.

Teht muß die gesamte Klassenbewußte Arbeiterkraft Deutschlands auf den Plan treten, um den Mansfelder Kumpels den Sieg erkämpfen zu helfen. Die Internationalen Arbeiter-Sitze hat eine großartige Unterstützungsaktion für das Mansfelder Gebiet einleitet. Jede Solidaritätsaktion muß mit allen Kräften gefördert werden. In jedem Betriebe, in jeder Gewerkschaft gilt es jetzt, die Frage der praktischen Solidarität zu stellen.

Beschließt sofort aus den Euch zur Verfügung stehenden Geldern in den Betrieben und Verbänden die Wbindung einer bestimmten Summe an die IWA. Leitet sofort Sammelaktionen ein!

Jeder Kollege, ganz gleich, ob gewerkschaftlich organisiert oder unorganisiert, muß helfen, die Streikenden und ihre Familien vor dem Hunger zu schützen.

Eine umfassende Hilfsaktion bedeutet gleichzeitig die stärkste Mobilisierung der gesamten Arbeiterkraft für die eigenen Forderungen.

Der Ausgang dieses Kampfes ist für die gesamte deutsche Arbeiterkraft von großer Bedeutung. Ein siegreicher Kampf ist ein Schlag gegen die Lohnabbau-Offensive der Truhherren.

Uebt proletarische Solidarität! Die Mansfelder Kumpels müssen den Kampf gewinnen! Es lebe der Kampf der Mansfelder Arbeiter!

Reichskomitee der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Bergholz fordert Große Koalition in Sachsen

In der Montag-Ausgabe des „Volkshorn“ veröffentlicht Albert Bergholz aus Zeitz einen Leitartikel über das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen.

Der „linke“ Bergholz setzt sich für die Bildung der Großen Koalition ein,

die nur durch Einbeziehung der Wirtschaftspartei möglich wäre, wogegen sich im alten Landtag die SPD. noch etwas sträubte. Bergholz sieht aber bedauernd auch diesen Fall für geradezu hoffnungslos an, „so sehr wie zu Dornen bereit wären“. Wohlgerichtet, es ist ein „linker“ Sozialdemokrat, der das schreibt, der in größtem Umfange noch als es bisher gelehrt, die Interessen der Arbeiterklasse den Ministerien, der Teilnahme an der Niederknüppelung der kämpfenden Arbeiterklasse opfern will.

Bergholz freut sich darüber, daß trotz des verhängnisvollen Verrates der Koalitionsregierung Hermann Müller in Preußen die SPD. nur ein Mandat verlor hat. Er ist sich nicht zu früh freuen, denn es bleibt ja nicht bei den Verbrechen, die von der SPD. in der Großen Koalition begangen worden sind. Eben sind die reformistischen Gewerkschaftsführer dabei, sie durch den Abschluß der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern noch zu übertrumpfen.

In demselben Maße, in dem die Arbeiter sehen, wie sie in ihren täglichen Kämpfen gegen die Unternehmenseigenen von der SPD. verraten werden, werden sie sich von ihr ab und der SPD. zu. Ein Beweis dafür ist Mansfeld.

Derselbe Bergholz der jetzt für Sachsen das Bündnis mit der Deutschen Volkspartei und mit der Wirtschaftspartei, mit den führenden Parteien der deutschen Arbeiterklasse, fordert, zieht aus dem Mißlingen „vor allem eine künftige Lehre, die Notwendigkeit der Einigung des Proletariats“. Der Kampf der Kommunisten gegen die Sozialfaschisten habe die nationalsozialistischen Geschäfte gefördert. Derselbe Mann, der in die Umarmung von Solle floh, um in Verammungen zu sprechen,

Tag der Partei

Am Donnerstag, dem 26. Juni, abends 8 Uhr 8 öffentliche Versammlungen der SPD.

Die Versammlungen finden statt in: Eisenbahn, „Hohenzollernpark“, Heitzfeld, „Hohenzollernpark“, Gersfeld, „Bürgergarten“, Helbra, „Lindenplatz“, Siersleben, „Am Denkmal“, Polleben, Lokal Dolge; Hellitz, Lokal Tittel; Leimbach, Lokal Mittel; Mansfeld, Lokal wird noch bekanntgegeben.

Tagesordnung:

Der Mansfelder Streik, die Kommunistische Partei und die proletarische Revolution

Es werden sprechen die Genossen Koenen, Dalgner, Richter, Schippa, Schliebs, Fendrosch, Müller, Kühn.

Mansfeld-Proleten! Kommt zu diesen Versammlungen! Sorgt, was Euch die Kommunistische Partei, eure Führer, zu tunen hat. Schließt Euch Eurer Vorhut an, die heute Euren Streik und morgen den Kampf um eure endgültige Befreiung organisiert!

Mansfelder Arbeiter und Arbeiterfrauen! Zu Massen heraus zu den Versammlungen!

als die Kommunisten als einzige Partei zum Kampf gegen den Nazi-Aufmarsch in Zeitz aufstehen,

der Führer der Partei, die Parole der Duldung des Nazi-Aufmarsches herausgab, ist „gewiß berufen“ dazu, den Kommunisten einen solchen Vorwurf zu machen. Dies ein Beispiel schon ist Beweis für die vollkommenste politische Verlogenheit der „linken“ SPD. und ihres Führers in Zeitz, Albert Bergholz. Gekannt ist im Reichstag über den kommunistischen Antrag abgelehnt worden bei der Aufhebung des NSD.-Verbotes fordernde Organisation, die sich neben dem Kampf gegen den imperialistischen Krieg den Kampf gegen den Faschismus zur Lebensaufgabe gemacht hat.

In völliger Einmütigkeit hat die bürgerliche Front von den „linken“ Sozialdemokraten bis zu den Hitler-Parteien, von Albert Bergholz bis zu Streiter und Fritz, den Antrag abgelehnt. Das Verbot des NSD. wird aufrechterhalten.

Die sozialfaschistischen Arbeiter in unserem Bezirk, vor allem die Arbeiter im Zeitz Gebiet, die bisher noch durch die „linken“ Phrasen des Bergholz sich irremachen ließen, müssen begreifen, daß der Bürger Faschismus in der Tat eine große Gefahr ist. Sie müssen aber gleichzeitig begreifen, daß sie sich selber nur erwehren können, wenn sie gleichzeitig sich abweisen von der Partei des Sozialfaschismus, von der Partei der sozialfaschistischen Berater an den Interessen der Arbeiterklasse, von der Partei der Spaltung. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen begreifen, daß sie in die Front des proletarischen Klassenkampfes, in die kommunistische Partei gehören.

Von der SPD. bis zu den Nazis Einheitsfront gegen Aufhebung des NSD.-Verbotes

(Eig. Bericht.) Berlin, 25. Juni.

Im Zusammenhang mit den „Antragungen zum Namen-Etat wurde in der Dienstag-Sitzung des Reichstages über den kommunistischen Antrag auf sofortige Aufhebung des Verbotes des „Roten Frontkämpfer-Bundes“ abgelehnt. Während der ganzen Beratungen zum Namen-Etat hatte der Reichsinnenminister Dr. Winter sich um eine Stellungnahme zu diesem kommunistischen Antrag herumgedrückt. Derselbe Winter erklärte, daß er die Verhandlungen zur Aufhebung des Stahlheimverbotes in Rheinland und Westfalen weiterführen werde.

Für die Aufhebung des NSD.-Verbotes erhoben sich nur die fast vollständig erschienenen kommunistischen Abgeordneten.

Dagegen stimmten die Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten.

Die Kommunisten quittierten mit andauernden Hürufen. Mit Hilfe der SPD. wird also nun das Stahlheimverbot aufgehoben — Otto Braun hat selbst die Dürkerberg und Gelbe zu Verhandlungen geladen — und der Terrorfeldzug gegen die Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes fortgesetzt. Doch

kein Verbot wird die Roten Frontkämpfer davon zurückhalten, den Kampf gegen den Faschismus und den Sozialfaschismus in Zukunft verheißt weiter zu führen.

Formerkstreit in Guevelsberg

(Eig. Meld.) Guevelsberg, 24. Juni.

Im dem zum Soehls-Konzern gehörenden Betrieb Dörten, Guevelsberg, der etwa 200 Mann Belegschaft zählt, sind sämtliche Formen in den Streik getreten, um einen 20prozentigen Lohnabbau abzuwehren.

25. 6. 30

Die Frau in den chineesischen Sowjetgebieten

Von Tschjue-Kuang

Während die Machstellung der Bourgeoisie immer mehr zerfällt, wächst die Arbeiter- und Bauernbewegung, entziehen überall in China neue Sowjetgebiete, die die Macht der Arbeiter und Bauern darstellen. Es gibt kaum ein Gebiet in China, wo der Gebante der Sowjetmacht nicht tief in den Arbeitern und Bauern verankert ist, und wo die Forderung der Revolution nicht immer wieder explodiert. In vielen großen Gebieten der Provinzen Kwangtung, Kwangsi, Hunan, Szechuan, Kiangsi, Kiangsi, Kiangsi u. a. wehen schon die roten Fahnen der Sowjets. In diesen Gebieten haben sich die Arbeiter und Bauern durch den Sturz des reaktionären Kuomintang-Regimes von der Herrschaft der Bourgeoisie und der Grundbesitzer befreit.

Durch die Errichtung der Sowjetmacht wurde auch die Frau nicht nur politisch und wirtschaftlich befreit, sondern sie hat auch die Rechte, an die sie durch Jahrhunderte alle Mitleid und Ekel gekettet waren, zurückerhalten. Sie hat den gleichen Status wie der Mann, sie hat die gleichen Rechte und Pflichten, sie ist in den Sowjets gleichberechtigt mit dem Mann, und sie ist in den Sowjets gleichberechtigt mit dem Mann. Sie hat die gleichen Rechte und Pflichten, sie ist in den Sowjets gleichberechtigt mit dem Mann, und sie ist in den Sowjets gleichberechtigt mit dem Mann.

Die Frau in den Sowjetgebieten ist nicht nur politisch und wirtschaftlich befreit, sondern sie hat auch die Rechte, an die sie durch Jahrhunderte alle Mitleid und Ekel gekettet waren, zurückerhalten. Sie hat den gleichen Status wie der Mann, sie hat die gleichen Rechte und Pflichten, sie ist in den Sowjets gleichberechtigt mit dem Mann, und sie ist in den Sowjets gleichberechtigt mit dem Mann.

Durch die Sowjetmacht sind auch die alten Geschlechterverhältnisse vollständig umgewandelt worden. Früher hatten die Eltern die Macht, ihre Kinder wie eine Ware irgendeinem Mann auszuliefern, ohne auf deren persönliche Wünsche irgendwelche Rücksicht nehmen zu müssen. Auch wenn sich die Eheleute überhaupt nicht vertrugen, war eine Scheidung ausgeschlossen, und sie waren ihr Leben lang aneinander gekettet. Ein chinesisches Sprichwort sagt: „Heiratet die Frau einen Hund, so muß sie dem Hund folgen.“ Es kam auch vor, daß die Eltern ihre Töchter schon als Kind verheiratet und sie als sogenannte „Widwenkinder“ zu den Schwiegereltern gaben, die sie als zukünftige Frau ihres Sohnes erzogen. Selbstverständlich wurde dieses von den Sowjets verboten und das tschinesische Ehegesetz vollständig abgeschafft. Jede Frau hat das Recht, ihren Mann selbst zu wählen, und die Eheleute können sich jederzeit scheiden lassen, wenn sie nicht mehr zusammen leben wollen.

Die Frau hatte früher sehr selten Gelegenheit, eine Schule zu besuchen, sie war meist Analphabetin. Jetzt sind den Frauen in den Sowjetgebieten die Möglichkeiten gegeben, lesen und schreiben zu lernen. Überall werden Volksschulen, die den Namen „Kommunistische“ tragen, errichtet. Den Eltern wird es zur Pflicht gemacht, die Kinder ohne Unterbrechung des Geschlechts in diese Schulen zu schicken. Alle Vermittel erhalten die Schüler kostenlos.

Überall werden von den Sowjets Klubs eingerichtet. Hier kommen abends die wertvollen Männer und Frauen zusammen, um an den Besprechungen teilzunehmen oder über die Tagesfragen zu diskutieren. Dort wird auch musiziert und Geselligkeit gepflegt.

Alle die Errungenschaften der Sowjetmacht sind den Frauen nicht kampflos in den Schoß gefallen. Sie haben in allen Kämpfen Schulter an Schulter mit dem Mann gestanden. Sie haben ihr Klassenbewußtsein, ihren Mut und ihre Opferbereitschaft durch die Tat bewiesen. In der Roten Armee, in der Bauernwehr und in der Jungen Garde gibt es

Generalfstreik in Sevilla

Der gesamte Verkehr und das Geschäftsleben ruhen — Straßenkäufe

Paris, 24. Juni. In Sevilla ist der Generalfstreik ausgebrochen. Über 40 000 Arbeiter verharren in Streik. Die Verkehrsarbeiter haben sich der Bewegung angeschlossen. Sämtliche Warenhäuser, Büros, Geschäfte und Cafés mußten geschlossen werden. Der gesamte Verkehr liegt still. Einige Straßenbahnlinien, die unter polizeilicher Begleitung anzufahren versuchten, wurden von den Streikenden im Sturm genommen. In der Innenstadt haben die Arbeiter Mägel und große Steine auf die Straßen geworfen, wodurch der Automobilverkehr ebenfalls lahmgelegt ist. Die Polizeitruppen, die zuerst frontal gegen die Menschenansammlungen vorgingen, wurden wiederholt mit einem Hagel von Steinen zurückgetrieben. Bei den Straßenkämpfen wurden bisher acht Arbeiter und zwei Kinder durch Polizeigewalt schwer verletzt.

Die spanische Polizei wird mit außerordentlicher Schärfe gehandelt. So wird jetzt heute nach der Protestaktion des Generalfstreiks in Sevilla, der vierzigsten und eine der wichtigsten Industriestädte Spaniens, bekannt, daß dort in der vergangenen Woche heftige Straßenkämpfe stattgefunden haben. Polizei ging in gewaltiger Übermacht gegen streikende Arbeiter vor und verletzte neun schwer, darunter eine Landarbeiterin tödlich. Als es beim Begräbnis der Ermordeten erneut zu Zusammenstößen gekommen war, beschloß die Polizei

Arbeiter in überfüllten Massenversammlungen, die die Verhütung von Streiks, die Parole des losen, freies herauszugeben, die auch reiflos besetzt wurde.

Bauernquäruhr in Sardinien

Wien, 23. Juni. Aus dem sardinischen Dorf Morago kommt die Nachricht, daß die wertvollen Bauern am 16. Juni unter den Parolen: „Nieder mit dem Faschismus!“, „Nieder mit Mussolini!“ eine große Demonstration veranstalteten, vor der sich die Karabinieri und die tschekoslowakische Militär in das Gemeindefeld schickten.

Die Bevölkerung besetzte das gesamte Dorf und griff auch das Gemeindefeld an, welches in einer alten Burg untergebracht ist. Im Verlauf des Kampfes wurde der Bauernführer Macioni getötet; zahlreiche Bauern wurden verletzt, 10 Schwere in Lebensgefahr. Auch ein Karabinieri wurde schwer verwundet. Die Besagerten erhielten aus den benachbarten Ortschaften Verstärkungen. Das Dorf, das von mehreren Abteilungen Karabinieri angegriffen wurde, konnte erst nach einem dreistündigen erbitterten Kampf besetzt werden. Die tschekoslowakische Regierung verhängte über das Dorf den Belagerungszustand. Nicht weniger als 30 Bauern sind verhaftet worden. Der italienische Presse ist verboten, über die Vorgänge in Sardinien zu berichten.

Wachsender Sturm gegen die polnischen Justizmörder!

Frankfurt am Main, 24. Juni. In einer außerordentlich hart besetzten öffentlichen Rote-Hilfe-Ausgabe in Frankfurt erhoben Arbeiter und Arbeiterrinnen scharfen Protest gegen das Urteil von Lemberg und forderten sofortige Freilassung der drei Kampftoten.

Alle großen Arbeiterorganisationen in Hannover protestieren in einem ausführlichen Schreiben an den polnischen Staatspräsidenten gegen den geplanten Mord an den drei Jungkommunisten. Es heißt in dem Brief: „Das Urteil, der geplante Mord, feingekleidet die kulturelle Verarmung und Verkommenheit sowie den steigenden Haß gegen junge, klassenbewußte Revolutionäre. Die unterzeichneten Organisationen werden alle ihre Kraft daran setzen, das Urteil zu verhindern und ihre Hoffnungen auf die polnischen Völk zu setzen.“

Rote Hilfe, AFD, Einheitsverband der Verkehrs- und Staatsbetriebe, Arbeiterjugendverein Bornwärts, Hannover, Arbeiter-Sportvereine Rüste, Hannover, und die anderen revolutionären Organisationen.

Die Witwenfonds-Einzelwerke in der Tischschloßstraße haben 680 Arbeiter entlassen; in den nächsten Tagen sollen weitere 700 Arbeiter folgen. Die große Zellulosefabrik in Rastatt bei Württemberg wird auf vorläufig unbestimmte Zeit stillkommen stillgelegt.

Viele Frauen, die genau wie die Männer mit der Waffe in der Hand in der Kampffront stehen. Oft sieht man die Frau auf dem Wappstein ihre revolutionäre Pflicht erfüllen. Die Frauen haben sogar eigene Trupps organisiert, die zum Sturmangriff vorgehen. Bei der Spionage und bei dem Transport von Gefehsmitteln und Material arbeiten die Frauen ebenfalls aktiv mit.

Daß die Befreiung der wertvollen Frau nur gemeinsam mit der Befreiung der gesamten Arbeiter- und Bauernschaft erreicht werden kann, hat die chineesische Arbeiter- und Bauernschaft erkannt, und daher hat sie alle Kräfte für den Kampf mit der Sowjetmacht eingeleitet.

Massenverhaftungen ungarischer Landarbeiter

Budapest, 24. Juni. Seit einer Woche werden in Ungarn in der Tiefebene massenhaft Landarbeiter mit der Begründung verhaftet, daß man kommunistischen Organisationen auf der Spur sei. Die Zahl der Verhafteten hat bereits 150 überschritten, die in verschiedenen Städten auf den Polizeistationen gefesselt werden.

Die Landarbeiter begründen ihren Zusammenstoß mit revolutionären Organisationen mit ihrem grenzenlosen Elend, das sie auch als Grund für die allgemeine Forderung nach einer Verteilung der Lebensmittellieferungen auf den großen Gütern anführen.

Die Wijnkoop-Gruppe liquidiert

Amsterdam, 24. Juni. Die Wijnkoop-Gruppe hat die von der kommunistischen Partei Hollands gestellten Bedingungen akzeptiert und liquidiert ihre Organisation. Die Arbeitermitglieder der Splittergruppe wurden restlos in die KP, Hollands aufgenommen. Die Wiederaufnahme von D. J. Wijnkoop und drei anderen Führern kann nur auf Grund eines Beschlusses der kommunistischen Internationale selbst erfolgen.

Auf den gemeinsamen öffentlichen Versammlungen der KPS mit den Mitgliedern der Wijnkoop-Gruppe traten Vertreter der kommunistischen Internationale, die die Arbeiterfront Hollands aufrufen, der kommunistischen Partei Hollands beizutreten und die revolutionäre Einheitsfront zu führen.

Todesstrafe für Schädlinge

Samarland, 23. Juni. Der Oberste Gerichtshof von Weiskhan (Sowjetunion) verurteilte den ehemaligen Vorsitzenden des Weiskhaner Obersten Gerichtshofes, Kossow, ferner den ehemaligen Staatsanwalt Scharipow sowie die ehemaligen Anwälte Spiridonow und Gajalimow wegen Korruption, staatschädigender Tätigkeit und Verbindung mit konterrevolutionären Elementen zum Tode. Drei Vollstrecker wurden zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

Belagerung eines Flusses

Von Fjedor Gladkow

2. Fortsetzung

Bragin sah Mitronow erlauft an: noch nie hatte er ihn in solcher Spannung gesehen. Immer hart, gefähig, alltätig, besäßen mit den Kleinigkeiten der Parteiarbeit, schien er immer gleichmäßig kalt, pedantisch wie ein Beamter, und es kam nur selten vor, daß seine Augen vor Erregung funkelten. Das gab es bei ihm nur in Augenblicken des Jammers darüber, daß Parteimitglieder ihre Aufgaben nicht erfüllten oder sie so erfüllen, wie es sich gehörte. Bragin betrachtete Mitronow, ohne sich abzuwenden und konnte nicht begreifen, was mit ihm geschah war. Sein Blick und seine physische Berührung nahen auch Bragin, und er fühlte mit Erschauern, daß er selbst von dieser Erregung Mitronows unaufhaltsam ergriffen wurde, so daß sein Blut unter dem Druck des Herzens zu rauschen begann.

Verstanden das etwa auch diese Menschen, die aus einem fremden Land hergekommen waren? Sie waren hier so ungewöhnlich und sie trugen noch den Geruch der Arbeiterverleumdung mit sich!

„Du, Bruder Mitronow, scheint ja die Kardane in die Zähne bekommen zu haben. Du trommelst doch ins Leere, mein Lieber. Das ist ja Unfug!“

Mitronow schnappte ein, sah aus schlaffen Augen Bragin an und lächelte auf:

„Das macht nichts! Nicht die Worte sind wichtig, sondern das Innere. Um zu verstehen, muß man fühlen. Um Kampf zu wollen und zu verstehen, muß man sich mit Sturm und Regen und dem Geschmatz des Kampfes verstopfen. Schau dir doch die da an, ich bin ja doch durchgedrungen, hab sie an der Leber gepackt.“

Die Deutschen drängten sich immer noch zu einem verschnittenen, vergrauten Knäuel zusammen, sie konnten sich nicht vom Papier trennen. Sie lauschten, immer noch schweigend, seiner Stimme, regungslos, als plätscherten in Meier's Stimme Wellen irgendeiner wunderbaren Legende, die sie nicht durch alltägliche Worte, sondern durch die unabwiederbare Kraft ihres inneren Feuers erschütterte. Bragin wandte den Kopf und lächelte auf:

„Das ist doch Bezeret. Ich glaube, dich bis ins Innere zu kennen, Mitronow, und jetzt sehe ich, daß ich nur die Hülle gekannt habe...“ Es gefiel ihm, daß man bei der Arbeit einen Menschen nur von außen und von einer Seite kennen lernt, aber er selbst sieht irgendwo in der Tiefe.“

Mitronow gab keine Antwort und Bragin sah wieder sein rauhes, alltätiges Gesicht.

Raum hatten die Deutschen das Radon und die Stimme Bragins gehört, als sie auch wieder sich zu bewegen, zu murmeln, zu fluchen und wieder auf ihre Plätze zu setzen begannen. Mit dem stummen Lächeln verhaltener Zärtlichkeit bildeten sie Bragin und Mitronow an. Es sah aus, als wollten sie von Gesseln und Schmeicheln aufspringen, zu Mitronow und Bragin flitzen und mit Schreien des Entzückens sie in ihren Armen erdrücken. Aber ihr gedwungenes Ernst und ihre Distanz, der unmerkliche Hochmut, der sie so fremd und unangenehm machte, behinderten Bragin und verschärften seine Einsamkeit. Unwillkürlich dachte er sich, weil er ihnen gegenüber so unbeholfen und schüchtern war. Er mußte nicht, was er unternehmen, was er tun sollte, um sofort in sie einzudringen, mit ihnen zusammenzustimmen, sich so zu fühlen, wie er sich in der Wüste der eigenen Arbeitsgefährten fühlte, die täglich hausenweise durch dieses Zimmer gingen. Hilflos bildete er auf Mitronow, schielte erschöpft und gläubig sich verblüfft. In diesem quälenden Zustand schwebte er noch mehr, sein Gesicht brannte vom Blutzug, sein Mund war trocken und bitter.

Dann kam Ingenieur Kraft, wie immer mit flotten, beweglichen Schritten, ins Zimmer gelaufen, bronzene, taubend blau vom Sonnenbrand, mit sich schülernde Nase und glänzenden Wangen, machte er sich lärmend und lustig an der Tür zu schaffen:

„Wasser! Wasser, Genossen! Ich werde bestimmt gleich aufkommen und wie Zellulose verdorren. Die Arbeit wächst dir über den Kopf und dabei zappest du in ihr wie ein Span in einem brausenenden Strom...“

Sofort und fast drängend, in dem Moment in dem hundert der Delegierten, packte sie mit der Schnelligkeit eines Raubers flinkers an den Händen und fiel mit dem dunklen Braunhaarigen wie ein Spatz über sie her. Sein rundes Gesicht mit dem Knabenlippen und Wangen, mit den rötlichen Borsten am Kinn, dem roten Schnurrbart, bei einem wenig geschwollenen roten Andern und den grünen, wie bei einem Tierchen kleinen Augen spielte in plötzlichem, schnell fliegenden Aufkommen:

„Lachen, strenger, scharfer Gedank, Entzücken, Entzücken, dann Berge ankommen. Und die Frauen (sie waren bei ihm ungewöhnlich hermitenbar) auf dem graubraunen Sonnenbrand flatterten wie goldene Vögelchen. Auch der Reinerot über dem großmächtigen Nessel und die dreiten Leinwandeln knatterten und flatterten wie Vögel.“

Bragin lächelte freudig auf, ächzte erleichtert und schwang die Arme empor.

„Der Rudud hole dich, Genosse Kraft!... Wir mühen hier die ganze Nacht... Zum Wankelstehen: weder bin noch her — nicht lachen noch weinen — plaudern können wir nicht und schweigen kann man auch nicht... direkt an die Wand genagelt haben uns die deutschen Genossen. Nim We uns aus, Nimm sie an den Riemen und schleppe sie zur Baustelle.“

„Nur Ruhe, nur Ruhe... Wir werden sie bald bearbeitet haben, mit Rauch, Feuer und Staub.“

Augenblicklich rief er irgendwoher aus dem Rod eine Schwadler Zigaretten, Zunder, rauchte an und warf sich wieder in das Dicksch der Delegation. Man umringte ihn, und gleich trommelte im Zimmer unordentlich und laut die unverständliche Sprache; dazu qualmten die Pfeifen.

Kraft hatte das Wasser schon vergessen; er drehte und wand sich in der Menge der Gäste, kam zurück, jedem Antwort zu geben, irgendeinen Witz zu reifen, lauter als alle anderen zu lachen, gleichzeitig einigen Menschen auf die Schulter zu klopfen und mit beiden Händen fremde Hände zu drücken, obwohl den Näherstehenden als auch jenen, die weiter hinten standen.

„Aber gehen wir, gehen wir, Genossen!... Ich darf keine Minute verlieren. Bragin und Mitronow manipuliert sie an der ideologischen Front! Bearbeitung von allen Enden auf einmal: Agitation, Propaganda und sozialistische Arbeit.“

Auf dem ganzen Wege vom Arbeiterkomitee bis zum Klub plauderte Kraft unaufhörlich in deutscher Sprache; seine Stimme, heilig, flatternd wie er selbst, rief nicht einen Augenblick lang ab, und ebenso wie sein Gesicht wies seinen flüchtigen die Stimmungen, daß flott, daß in strengem Ernst erklärte er irgend etwas allen auf einmal, bald wandte er sich unruhig, schmerzhaft und freundschaftlich mit Bragin an die Seite, bald spielte er lustig und Lachen hervorruhend in kindlichem Spott und zerplüßterte winfelnd in Gefährten, bald lang er in jugendlichem Entzücken, das Bragin und Mitronow unverständlich war, wie die Sprache der ausländischen Arbeiter, aber dennoch die beiden Kuffen mit besonderer Freude ansetzte. (Fort. folgt.)

Lohnabbau in der Merseburger Metallindustrie

Die Metallarbeiterkollegen müssen den Kampf aufnehmen Auch die Merseburger Metallindustriellen wollen bei der Lohnabbauaktion nicht zurückbleiben. Wurden schon vor einigen Wochen bei der Firma Gödel die Arbeiter erbittert herabgesetzt, so kommt jetzt auch die Firma Gorde und zieht die Arbeiterkollegen ab, sie weist zugleich darauf hin, daß es dabei nicht bleiben wird und daß weitere Abzüge noch erfolgen werden. Der DWA hat bei Gödel nachgehakt, es wurde verprochen, daß Abzüge nicht erfolgen sollen. Kam heute der Vertreter der Räden gewandt, so wurden den Kollegen die Arbeiterpreise herabgesetzt.

Wichtig der Kollegen wäre es gewesen, der Offensiv der Unternehmer mit allen Kampfmitteln entgegenzutreten. Klar müssen sich die Kollegen sein, daß bei diesen Herren der Appetit mit dem Essen kommt, wenn nicht von vornherein die Suppe verzehrt wird. Es ist höchste Zeit, daß sich die Kollegen der Merseburger Metallbetriebe zusammenschließen und unter Führung der Gewerkschaftsopposition den Kampf gegen die Unternehmenspolitik aufnehmen.

Angeht die Lage, daß im ganzen Reich derartige Lohnabbauaktionen durchgeführt werden und Kämpfe im größten Ausmaß ausgebrochen sind, ist es eine Notwendigkeit, den Ring der Kämpfer zu schließen und auf revolutionärer Basis zur Offensive überzugehen. Die wertvolle Bewehrung muß sich selbst helfen, keine Gewerkschaftsleitung, keine Schlichtungsmachinery, keine Regierung wird der Arbeiterklasse helfen. Alle Betriebsarbeiter und Erwerbslosen müssen gemeinsam den Kampf aufnehmen gegen jede Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses. Unfirt ist es, wenn man glaubt, durch Herabsetzen des Lohnes die Wirtschaft wieder in Gang bringen zu können. Die Unternehmenspolitik ist nur darauf bedacht, die Profite zu vergrößern. Die kapitalistische Ordnung kann nicht die Erwerbslosen in den Produktionsprozess einbeziehen. Die gesamte Arbeiterklasse muß den Kampf aufnehmen gegen das Unternehmertum.

Die Kollegen der Merseburger Betriebe müssen sofort Kampfleitungen wählen, um unter Führung der Gewerkschaftsopposition alle Maßnahmen gegen dieses rücksichtslose Vorgehen der Industriellen durchzuführen.

Erfolge der Gewerkschaftsopposition beim Streiklosetehen

Seit 23. Juni stehen auch Streikloseten von der Streikleitung der Gewerkschaftsopposition geführt vor der Mansfelder Verkaufsstelle. Durch unsere Posten wurden viele Kumpels abgehakt, von dort einzukaufen. Es zeigte sich dabei, wie viele unzufrieden dort kaufen. Hauptächlich sind es SPD-Anhänger, die den Weg noch nicht zur Gewerkschaft gefunden haben. Statt der Mansfelder W.G. zu zeigen, daß sie kämpferisch sind, gehen sie hin und kaufen trotz Streik ein. Mansfelder Arbeiter, lernt erkennen, daß hier ein Kampf geführt wird gegen die Mansfelder-Gewaltigen. Die SPD-Helden sind die Kapitalisten, sie wollen den Streik durchbrechen. (Einschiebung der Erwerbslosenfrage.) Zeichnen sich ein in die Reihen der Gewerkschaftsopposition, damit heißt für mit, den Kampf zu einem vollen Siege der streikenden Mansfelder durchzuführen.

Fabrikarbeiterverbands-Bürokratie verteidigt Lohnabbau Ein warnendes Beispiel für die Metall- und Bergarbeiter — Nur der Streik unter Führung der RGD führt zum Sieg

„Der Profetier“, das Organ des Fabrikarbeiterverbandes, vom 7. Juni 1930 überträgt, der ausgeputzten wirtschaftlichen Lage und des steigenden Kampfwillens der Arbeiterklasse Rechnung tragend, sich in seinen Ausführungen in radikalen Forderungen. Er behauptet sich in seinem Zeitschrift mit der Lohnpolitik der Fabrikarbeiterverbände, der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände, und führt aus, daß die von Gewerkschaftsseite eingeschlagene Linie, die „Kämpfung der Massenaufläufe“, die allein richtig sei. Der „bürgerliche Wirtschaftspolitiker Felix Pinner“ habe dieses im „Berliner Tageblatt“, Nr. 243, ebenfalls behauptet. Zum Schluß des Artikels heißt es dann: „Wenn es, dann ist jetzt unbedingtes Festhalten an den Erwerbslosen das Gebot der Stunde. Aber dabei brauchen wir durchaus nicht stehen zu bleiben, sondern wir sollten zu einem Gegenangriff ausweichen.“

Aber die Taten der reformistischen Bürokratie entlarven ihre radikalen Phrasen als eine elende Demagogie. Wie ein Kampf um „höhere“ Löhne aussieht, beweisen folgende beiden Fälle: Im Bezirk Osnabrück — wir haben ausführlich darüber berichtet — willigte die Bürokratie des Fabrikarbeiterverbandes in der Glasindustrie in einen zehnprozentigen Lohnabbau ein. Weiterhin wurden den schon vorher schlecht entlohnten Proleten, die Tag für Tag in ungelinder Luft vor heißen Schmelzöfen schmelzen müssen, die weitesten zur Erholung notwendigen, bisher bezahlten Ferientage mit Hilfe der Sozialminister geräubert. Im Bezirk Wasserzelle fand auf Antrag der Firma Temming, Glühkathoden, eine Verhandlung vor dem Bezirksarbeitsrat behufs einer

Betriebsratsmaßregelung mißglückt

Grube „Walters Hoffnung“ vor dem Arbeitsgericht Eisleben — Der beste Schutz vor Maßregelung ist aber nicht ein Urteilspruch, sondern der Kampf!

Das Betriebsratsmitglied Fr. Schl. aus Stebtien war am 30. April fristlos entlassen worden, angeblich wegen Beamtenbeleidigung. Das ist innerhalb zweier Jahre der zweite Fall. Das entlassene Betriebsratsmitglied hat eine Funktion in der Gemeinde inne. Es war eine Sitzung angelegt, zu der Schl. um 3 Uhr erscheinen mußte. Er meldete sich rechtzeitig bei seinem Steiger Vornemann ab, um früher ausfahren zu können. Zum Freiberufsfahren benötigten die Kumpels einen Schein, derselbe ist in der Regel vor der Arbeit vom Steiger geschrieben worden. Am genannten Tage wurde eine Ausnahme gemacht, der Schein wurde nicht ausgefertigt! Schl. kam vor Schichtende schon etwas spät, weil er als Fahrer keine Arbeit richtig verfahren hat, an das Steigerbüro. Er hat um keinen Papierschein. Unter allenhand Einwendungen und in die Wegegeleitet wurde der Steiger Vornemann endlich Anstalten zum Ausstellen des Scheines. Schl. machte den Steiger aufmerksam, daß er Eile hat, aber Steiger Vornemann und der ihm anwesende Bergpraktikant Meinfke, der Sohn des Obergsteigers Meinfke, unterließen sich weiter und machten sich über Schl. lustig! Schl. verlor darauf noch energisch seinen Schein.

Meinfke wird jetzt und verweist Schl. aus dem Steigerbüro. Bei Schl. tönt es natürlich. Mit den Worten: „Du Hohnzeuge, hast Du auch was zu melden?“ zeigt er keine Feiertarierkäufe. Die Kerle wurden bloß und lagen wie eine „Beamtenbeleidigung“ nach § 82 des IPhG, fertig.

Ein Betriebsratsmitglied, und noch dazu ein neu gewähltes, wurde fristlos entlassen der Arbeiterin gab keine Zustimmung nicht zur Entlassung. Er verurteilte die Verletzung des Gesetzes, Schl. wieder einzustellen. Der Angeklagte Schappo hatte seinen Mitgliedern verboten, sich vom Arbeiterin verbieten zu lassen, das verstand auch der haderklappernde Stahlheimer Vornemann sehr gut.

Die Hauptverwaltung hatte als Vertreter zum Termin Kurzius und den Bergassessor Beterien gelandt. Auf dem Korridor des Amtsgerichts hörte man wieder das Fadenrallen des Vornemann.

Als Vertreter des Kollegen Schl. war der Gewerkschaftsführer Andreas vom Bergbauarbeiterverband erschienen. Als Frauen die beiden Betriebsratsmitglieder Richter und Richter.

Die Firma gab si halle Mühe, das Arbeitsgericht zu überzeugen, daß der Bergassessor Meinfke Angeklagter sei nach dem Bernackel. Der Drech kam aber doch nicht durch.

Die Verurteilung von „Walters Hoffnung“ wurde verurteilt, dem Kollegen Schl. vom Tage seiner Entlassung ab den Lohn weiter zu zahlen, bis ans Ende seiner Betriebsratsfähigkeit. Das Klageobjekt betrug 3000 Mark.

Die Grubenbarone wollen Berufung gegen dieses Urteil einlegen.

Zum Lohnkampf in der Holzindustrie

Organisiert sofort Werkstätt- und Betriebsversammlungen, bereitet Streiks unter Führung der revolutionären Opposition vor!

Der Unternehmerverband in der deutschen Holzindustrie hat das Lohnabkommen im Vertragsgebiet des Reichsmanteltarifvertrages zum Ablauf am 1. August gekündigt. Der Reichsmanteltarifvertrag gilt nicht für das gesamte Reichsgebiet, sondern nur für bestimmte Länder und Provinzen. U. a. ist auch der Stadtreis Berlin davon ausgenommen. Dagegen ge-

hören zu dem Gebiet die Provinz Brandenburg, Bayern rechts des Rheins, Bremen, das Bergische Land, Schlesien und Oberpfälzen, Schleswig-Holstein, Preussische Provinz Sachsen, Provinz Hessen-Nassau, Rassel Stadt und Landkreis, Niederrhein, Mittelrhein, Preussische Provinz Detmold, Niederlahfen und Preussische Provinz Slesien gehören zum Geltungsbereich des Vertrages die Möbelindustrie, Bau- und Gerüstindustrie, Holzwerkstoffe, Glaserien, Musikinstrumentenindustrie, Bildhauerien, Drechseln, Hobelwerke und Fräseieren. Insgesamt sind etwa 115 000 bis 120 000 Arbeiter an diesem Kampfe beteiligt. Der Reichsmantelvertrag, der die allgemeinen Arbeitsbedingungen regelt, läuft noch bis zum 15. Februar 1931.

Brano, hallische Steinarbeiter!

Eine Versammlung der ausgeföhnten Steinarbeiter von Halle beschloß, die Kollegen Karl Preiß, Erich Krause und Hugo Tarnert zu Delegierte zum Bezirkskongreß der Gewerkschaftsopposition zu senden. Des weiteren wurde beschlossen, für die streikenden Mansfelder Kumpels möglichst 60 Mark aus dem Kampffonds abzurufen. An Arbeit stehende Kollegen verpflichteten sich, durch einen Stundenlohn wöchentlich (Arbeitslohn nach Möglichkeit ihrer Lage) den Mansfelder Kampf zu unterstützen.

Der Reichsmantelvertrag wurde ebenfalls abgeschlossen am 15. Februar 1927. Im Gebiet dieses Vertrages sind für die Regelung der Löhne besondere, teilweise auch bezirks- und örtliche Lohnabkommen abgeschlossen worden. Bei der vorjährigen Vertragsbewegung hat die Verbandsbürokratie jede Kampfsmöglichkeit der Kollegen unterbunden. Die Folge war dann auch, daß statt der geforderten Lohnhöhung von 15 Pfennigen pro Stunde nur eine solche von 6 Pfennigen eintrat, die noch dazu auf zwei Termine festgelegt wurde. Dieses völlig unzulängliche Ergebnis löst jetzt durch die

Kündigung des Lohnabkommens seitens der Unternehmer trotz gestiegener Lebenshaltung

rückgängig gemacht werden, sie wollen Lohnabbau. Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat nichts unternommen, um die Kollegen zum Ablauf des Lohnabkommens für einen Kampf um weitere Lohnhöhung vorzubereiten. Auf der letzten Verbandsversammlung ist die Kündigung des Lohnabkommens als Auslösung eines Kampfes um höhere Löhne ausdrücklich abgelehnt worden.

Es ist deshalb die Aufgabe aller Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition in der Holzindustrie, sofort Werkstätt- und Betriebsversammlungen zu organisieren, um zu der Situation Stellung zu nehmen. Alle Unternehmungen müssen gemacht werden, um die Betriebsarbeiter und die erwerbslosen Kollegen zu einem Kampfe um eine Lohnhöhung von 15 Pfennigen pro Stunde und der geforderten Lohnhöhung von 15 Pfennigen pro Stunde nur eine solche von 6 Pfennigen eintrat, die noch dazu auf zwei Termine festgelegt wurde. Dieses völlig unzulängliche Ergebnis löst jetzt durch die

Kündigung des Lohnabkommens seitens der Unternehmer trotz gestiegener Lebenshaltung

von den gewerkschaftlich organisierten Anhängern der Opposition wird erwartet, daß sie innerhalb der Gewerkschaftsversammlungen und den Funktionärskörper des Verbandes die Vorbereitungen des Kampfes zur Durchführung der obigen Forderungen energisch aufstellen.

Arbeiterinnen,

tretet ein in die Partei Lenins, in die Partei der Kommunisten, die wirklich eure Interessen vertritt!

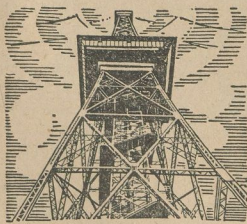
Wichtige Sitzungen und Konferenzen

Industrie-Gruppe Bau

Donnerstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, im Produktionsrat der Industrie-Gruppe Bau (alter Verein). Das Erscheinen aller Funktionäre wird erwartet.

Industrie-Gruppe Metall

Alle Oppositionellen, welche von der Bonzenkratie des DWA ein „Wachstumsprogramm“ über Maschinenfabrikation angehängt bekommen haben, erscheinen am Mittwoch, dem 25. Juni, abends 6 Uhr in der Probattin, Zimmer 6. Schreiben mitbringen. Industrie-Gruppenleitung Metall.



Hellhörig sein

muß der Kaufmann im 20. Jahrhundert. Der Konsument gibt sein Geld nur für Waren aus, die er dringend benötigt. Diese Waren muß man produzieren. Der Raucher benötigt für sein Geld eine Zigarette, die so gut sein muß, wie es keine andere gibt. Hellhörig war die Bulgaria-Zigarettenfabrik, sie schuf eine solche Zigarette in ihrer bekannten Marke

BULGARIA-STERN die stets frische und gleich gute 4 Pfg. Zigarette!



Der Kampf um die Erde

Der Sieg an der Getreidefront in der Sowjetunion

Die Augen der ganzen Welt sind gegenwärtig auf die Felder des Sowjetreiches gerichtet, wo der Kampf um die Frühjahrspflanzung seinem Ende entgegengeht.

Nach war in den nördlichen Distrikten des Riesenanbaues die Kampagne für die Bereitstellung des Saatgutes im Gange. Da begann von Süden her schon ein neuer „Krieg“.

Die Sowjetunion erstreckt sich von Norden nach Süden über mehr als 35 Breitengrade. Wenn im sibirischen Klima der südlichen Republiken das Korn schon keimt, liegen die Weizenfelder Sibiriens noch unter Schnee und Eis. Wenn in der Krim die Weizen schon gelb werden, wird in den Nordprovinzen noch das letzte Korn ausgefüt.

So kam es, daß wenige Tage nach der abschließenden Siegesmeldung über die 100prozentige Durchführung des Saatgutbeschaffungsplanes auf den ersten Seiten der Zeitungen schon die „Heeresberichte“ von der Ausaatfront erschienen.

Von Süden nach Norden marschierten, einer nach dem anderen, die Bezirke auf, je nach dem die Saatkampagne in ihnen begann. Woran Transkaukasien, die Krim und Mittelasien mit Weizen und Baumwolle. Dann der Nordkaukasus und die Ukraine mit Weizen, Roggen, Mais und Sonnenblumen. Dann das Schwarz- und Weißesielesie, die Wolga, schließlich der Nordwestsibirien, der Ural und Sibirien. Tag für Tag meldeten die Frontberichte, wie bei der Saatgutausbringung, Erfolge und Mißerfolge. Es wurden die zurückbleibenden angepörrt und die tüchtigsten Bezirke auf dem „Roten Brett“ vermerkt.

Die Feinde jubeln zu früh!

Die kapitalistische Presse, die vergessen zu haben schien, wie sie durch ihre Dummheit und Böswilligkeit bei der Saatgutkampagne hineingefallen war, frohlockte: die Ausaat ist gescheitert! — Am 6. Mai erst 37½ Millionen Hektar angebaut, nur 50,8 Prozent des Planes erfüllt! — Rußland vor einer neuen Hungersnot!

Die Feinde hatten vergessen, sich die Karte anzusehen und zu erkennen, daß am 5. Mai Sibirien überhaupt noch nicht begonnen hatte. Sie hatten keine Ahnung davon, daß bereits 40 Millionen Hektar mit Winterfaat bestellt waren, und daß der Saatplan für das laufende Jahr die Anbaufläche des vorjährigen Jahres um 8 bis 12 Prozent übertraf!

Ein hartes Ringen

Gewiß, die häßlichen Voraussetzungen der bürgerlichen Presse sind bei der Ausaat ebenso dümm und unbedacht, wie bei der Saatgutkampagne. Aber es wäre falsch, sich vorzustellen, daß der Kampf um die Ausaat so einfach wie am Schnitzbrot vor sich ginge.

Sowohl die Saatgutausbringung als auch die Ausaat vollzogen sich in einer Atmosphäre nicht nur des Kampfes um die Erde, sondern auch des Klassenkampfes. Noch sind ja die Reste des Kapitalismus auf dem Lande nicht voll besiegt. Noch versuchen und versuchen die Großbauern die Revolution der Landwirtschaft zu sabotieren und zu hüten. Noch hat diese Revolution erst begonnen, nimmt erst ein Teil der Bauern Anteil an ihr teil. Noch waren Mißgriffe von Seiten leitender Organe auf dem Lande in dieser in der Weltgeschichte ganz neuen Bewegung unvermeidlich.

Erst im Herbst vorigen Jahres hat ja die Umwälzung der Landwirtschaft in Kollektivwirtschaften begonnen. Dieser Aufbruch überstieg alle Erwartungen. Der Eintritt von mehr als der Hälfte der Einzelbauern in die Kollektivwirtschaften bis zum März 1930 stellte den leitenden Organen ungeheure und schier unlösbare Aufgaben. Von den örtlichen Organen, die sich oft allzu eifrig der Heranziehung der Bauern zu den Kollektivwirtschaften angenommen hatten, wurden Fehler begangen. Diese Fehler galt es sofort wieder gut zu machen. Die Überwindung der Fehler und ihre Wiederbeseitigung fiel mitten in die Periode des Saatgutes und der Ausaat. Und hier und da waren Mißhandlungen unter den Bauern infolge der begangenen Fehler von den Agenten der Klassenfeinde zur Organisierung von Unruhen und zum Boykott der Ausaat durch einzelne Bauerngruppen ausgenutzt worden. Der Generalfeld des Kampfes um die Erde mußte, ohne einen Augenblick die unmittelbaren praktischen Ziele aufzugeben, zu gleicher Zeit den Krieg gegen diese letzten Kräfte der Klassenfeinde führen.

100 prozentiger Erfolg

Der Kampf um die Ausaat geht seinem Ende entgegen. In den südlichen Landesteilen ist die Saat beendet. Das Ergebnis in diesen Bezirken erlaubt uns heute schon die Bilanz dieses neuen Abschnitts im Kampf um die Erde zu ziehen.

Vor uns liegt ein Telegramm der „Seeresleitung“ der Ukraine vom 11. Juni. Am 10. Juni war der Plan der Frühjahrsausaat zu 100 Prozent erfüllt. 17 924 000 Hektar mit Sommerfaat bestellt! Mit der Winterfaat zusammen beträgt die Anbaufläche 27 748 000 Hektar. Das sind 3 Millionen Hektar, also 12,1 Prozent mehr als im vorhergehenden Jahre. 54 Prozent der Anbaufläche sind bestellt durch den sozialistischen Sektor der Landwirtschaft, Staatsgüter und Kollektivwirtschaften. Ein besonderes Anwachsen der Anbaufläche, 40 Prozent, weist die Ukraine auf. Dieses Ergebnis hat aber auch eine große politische Bedeutung. Es widerlegt die Klagen der Feinde über den Zusammenbruch der Kollektivwirtschaften und beweist ihre Unzulänglichkeit gegenüber den Einzelwirtschaften. Zum 1. Oktober 1929 waren in der Ukraine 9 Prozent der Anbaufläche im Besitz von Kollektivwirtschaften. Bis zum 10. März war diese Zahl auf 71 Prozent emporgestiegen. Nach der Befestigung der, bei dieser zum Teil thüringischen Aufschließung der Kollektivwirtschaften,

Der Bücherstand einer Leningrader Maschinenfabrik



Ein Mittel der Bücherverbreitung in der Sowjetunion sind Betriebsbücherstände, wo die Arbeiter jedes Buch zu günstigen Zahlungsbedingungen kaufen können. Während der Pausen und nach Arbeitsschluß sind die Bücherstände von den Arbeitern umlagert.

begangenen Fehler in den ersten Monaten 1930, blieben über 45 Prozent des Landes kollektiviert. Und diese 45 Prozent der Bauern waren in der Lage, 54 Prozent der Gesamtanbaufläche zu befreien!

An der Spitze der Ausaatkampagne marschierten überall die modernsten Betriebsformen der Landwirtschaft, die mechanisierten Kleinrenter und Maschinen- und Traktorenstationen. Die 90 000 Traktoren, die heute auf den Staatsgütern, in den Maschinentraktorenstationen und den Kollektivwirtschaften

erfüllt und 2 888 000 Hektar bestellt. Sie allein können mit einer Ernte von 10 Millionen Doppelzentner Getreide rechnen.

Die Arbeiter der sozialistischen Landwirtschaft haben Außerordentliches geleistet. So haben die Traktorenstationen des Staatsgutes „Gigant“ im Nordkaukasus nicht nur in 8 Tagen 75 000 Hektar auf ihrem eigenen Gute und 20 000 Hektar auf den umliegenden Kollektivgütern bestellt, sondern sind dann, eine wahre Artillerie des Kampfes um die Erde, nach dem Ural abgereist, wo die Ausaat erst später beginnt, und haben dort 31 000 Hektar der Staatsgüter und Kollektivwirtschaften gepflügt und bestellt. Die Bauern im Ural kauften wie über ein Wunder, als die von Caterpillar-Traktoren gezogenen Pflüge den schweren, noch niemals berührten Boden, den die Bauern mit 12 Paar Ochsen zu heben nicht imstande waren, mit Leichtigkeit umlegten.

Insgesamt haben die verschiedenen Traktorenstationen den Plan für Getreide um 32,2 Prozent, für Baumwolle um 9,9 Prozent überschritten.

Im Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, ist in den nördlichen Bezirken die Ausaat noch nicht beendet. Noch stehen 14 Tage zur Verfügung. Das Gesamtergebnis der südlichen Bezirke erlaubt uns, von einem bedeutenden Siege zu sprechen. Der Zuwachs der Anbaufläche für die Sommerfaat beträgt im Nordkaukasus 8,6, an der unteren Wolga 11,4, an der mittleren Wolga 7,2 und in der Krim 18,1 Prozent. Ganz besonders groß sind die Ergebnisse aus dem Gebiete des Samowollanbaues. Der diesjährige Anbauplan sah eine Vermehrung der Anbaufläche um 40 Prozent vor. Dieser bedeutend erhöhte Plan wurde noch um 15,2 Prozent überschritten!

Der Ernte entgegen

Während in Sibirien noch die letzten Körner der Erde angetraut werden, steht im Nordkaukasus das Getreide bereits in Ähren. Und die Ernte verspricht eine gute zu werden. Von 121 Bezirken des Nordkaukasus zeigen nur acht einen Stand „unter Mittel“. In den übrigen ist der Stand in der überwiegenden Mehrheit „über Mittel“. In einzelnen Bezirken am Kuban und Don rechnet man mit einer Ernte von 20 Doppelzentner auf den Hektar gegenüber zehn Doppelzentner im vorigen Jahre. Infolge des guten Wetters wird die Ernte im Nordkaukasus um zehn Tage früher erwartet als gewöhnlich.

Das Riesensaatgut „Gigant“, das in diesem Jahre 112 000 Hektar bestellt hat, bereitet sich zur Ernte vor. Sie soll in 29 Tagen durchgeführt werden. 230 Mähdreher, 122 Mähmaschinen und neunzehn Topf (Winnowing) und 74 Pflugs stehen bereit. Man rechnet mit 2,5 Tonnen Erntertrag pro Hektar!

Der Kampf ums Brot — ein Kampf um den Sozialismus

Die Feinde der Sowjetunion haben, wie wir schon öfters geschrieben, große Hoffnungen auf die Schwierigkeiten gesetzt, die dem Arbeiterstaat bei der diesjährigen Getreidekampagne drohen. Wir können heute mit Freude feststellen, daß die Schwierigkeiten in der Hauptsache bedrohlich sind. Dieser Sieg ist nicht nur ein Sieg des Menschen über die Erde. „Der Kampf ums Brot ist zugleich ein Kampf um den Sozialismus“, hat Lenin gesagt. Nach dem großen Sieg an der Front der Industrialisierung hat der Arbeiterstaat jetzt auch auf diesem Gebiete den entscheidenden Sieg errungen. Es ist ein Sieg der sozialistischen Menschheit nicht nur über die Erde, sondern auch über den Klassenfeind, über die Reste der kapitalistischen Welt.

Sowjetrussische Jungarbeiter lesen die „Rote Fahne“



In der Internationalen Ecke des Moskauer Betriebes „Kautschuk“ hängen sämtliche ausländischen Zeitungen aus, in denen Arbeiterbriefe aus dem „Kautschuk“ veröffentlicht worden sind.

tätig sind, haben überall, wo sie wirken, dazu beigetragen, die Pläne für die Bodenbearbeitung und Ausaat weit zu überschreiten.

Die Leistungen der Traktoristen

So haben die Maschinenstationen der Getreidegenossenschaften, deren Zahl von 98 Stationen mit 2043 Traktoren im November 1929 auf 462 Stationen mit 12 179 Traktoren angewachsen ist, ihren Anbauplan zu 109,9 Prozent



Der ehemalige Führer des RFB., Max Benkwitz, mahnt aus dem Gefängnis

Ob legal oder illegal — die rote Front steht

6 Jahre proletarische Wehrorganisation, Gau Halle-Merseburg

Im Herbst 1923 war es der Bourgeoisie mit Hilfe der sozialfaschistischen Katakamphen gelungen, die Halbeschwärmer Arbeiterfront niederzuschlagen. In Sachsen, Thüringen und am Rhein feierte der weiße Terror dreimal unter der Arbeiterfront, was vom Polizeiführer nicht niedergestampelt wurde, warf man hinter Kerkermauern. Gefängnisse und Zuchthäuser konnten die Masse revolutionärer Arbeiter kaum fassen. Ausnahmegeleise und sonstige Verordnungen beschränkten die letzten Errungenschaften der Novemberrevolution von 1918. Die Bourgeoisie trümpfte auf der ganzen Linie und verdrängte auf Kosten der Arbeiterfront die verfallende und moralische Gesellschaftsordnung wieder zu beständigen Reaktionskräfte, Reichsbanner, Stahlhelm, Wehrwolf, Hakenkreuzler, schossen wie Pilze aus der Erde, um das klassenbewußte Proletariat unter der Ägide des Kapitalismus niederzuhalten. Aber es dauerte nicht allzu lange, die Halbeschwärmer Arbeiterfront erkannte sehr schnell, was für sie auf dem Spiele stand. Unter Führung der kommunistischen Partei ging sie zum Angriff über und schuf sich eine proletarische Schutz- und Wehrorganisation.

Im Juni 1924 wurde in Halle unter der Führung des viel zu früh verstorbenen Kameraden Richard Richter

die erste Ortsgruppe des „Roten Frontkämpfer-Bundes, Gau Halle-Merseburg“

gegründet. Auf der ersten Versammlung traten sofort 300 Halbeschwärmer Arbeiter der Ortsgruppe Halle bei. Aus allen größeren Städten des Bezirks liefen Meldungen über Gründung neuer Ortsgruppen ein. Aber nicht nur in den Städten, sondern auch in den ländlichen Gebieten formierten sich die roten Wehrorganisationen. Gemaltene Richter geleistet. Es dauerte nicht lange und das Halbeschwärmer Proletariat beherrschte die Straße. Dem Faschismus war ein Damm entgegen gesetzt. Auch in anderen Teilen Deutschlands wuchsen die „roten Frontkämpfer“ aus der Erde. Der Bundes- und Kampfespaß Rot Front ließ manchen Speiser erstickten.

Die Bourgeoisie und ihre sozialfaschistischen Katakamphen erkannten sehr bald die Gefahr dieser revolutionären Massenorganisation. Sofort nach der Gründung setzte eine nachdrückliche Hege- und Verleumdungskampagne gegen den RFB, und dessen Führer ein. Doch weder Ortsgruppenverbote noch andere Terrormaßnahmen und Revolutionslöcher konnten das Esprit der roten Front aufhalten.

Gewaltige Aufmärsche wurden sowohl im Bezirk- als auch im Reichsmaßstab durchgeführt. Von Jahr zu Jahr wurde die Beteiligung an dem Reichstreifen in Berlin stärker. Der Gau Halle-Merseburg war einer der härtesten. Außer diesen gewaltigen Aufmärschen fanden die Kameraden des Roten Frontkämpfer-Bundes bei jeder Aktion des Halbeschwärmer Proletariats mit in erster Reihe.

Rot Front marschierte immer an der Spitze.

Reichsbanner, Stahlhelm und Hakenkreuz wurden von der roten Front immer mehr an die Wand gedrückt.

Im Frühjahr 1928 verlor der Reichstreifen Kumbel den „Roten Frontkämpfer-Bund“ durch ein Verbot zu befehligen. Dieser armenliche Schluß hatte aber nicht mit dem Halbeschwärmer Proletariat der deutschen Arbeiterfront gerechnet. Gewaltige Demonstrationen wurden im ganzen Reich durchgeführt. Ein einziger Schrei: „Sünde weg vom RFB“, ging durch die gesamte Arbeiterfront. Der Schandstreifen Kumbels wurde abgewehrt. Rot Front marschierte.

Im Februar 1929 hatte der Gau Halle-Merseburg einen schweren Verlust zu ertragen.



Richard Richter, der Gründer und jahrelange Leiter des „Roten Frontkämpfer-Bundes“

wurde plötzlich aus der Mitte der Kameraden gerissen. Er starb plötzlich infolge eines Schlaganfalls. Das mittelbürtige Proletariat kannte Richard. Es hatte seinen „roten General“ verloren. Tausende und aber Tausende trümpften, um ihm das letzte Geleit zu geben. Der letzte Weg Richard Richters gefolgte sich zu einem Aufmarsch, wie ihn Halle bisher nicht wieder gesehen hat. R. Richter ist tot. Sein Werk lebt.

Bereits im Herbst 1928 zeigte in der sozialfaschistischen und bürgerlichen Presse eine erneute gewaltige Hege gegen die Schutz- und Wehrorganisation des Proletariats, den „Roten Frontkämpfer-Bund“ ein. Man suchte nach Gründen für das Verbot. Jedes Mitteln gegen den RFB, war recht. Inzwischen wurde die wirtschaftliche Lage für das Proletariat immer schlechter. Hunger und Elend waren ständiger Gast. — Es gäbe —

Trotz Demonstrierungsverbot und anderer Terrormaßnahmen ging die Arbeiterfront auf die Straße. Mit Gewalt und blutigem Terror sollte die Arbeiterfront niedergelassen werden. Der sozialfaschistische Friebeil richtete am 1. Mai in Berlin ein fürchterliches Blutbad unter der Arbeiterfront an. Die ganze Welt der Sozialfaschisten und der Bourgeoisie richtete sich gegen den Roten Frontkämpfer-Bund.

Am 3. Mai wurde im Reichsinnenministerium unter der Führung des Sozialfaschisten Severing beschlossen, den Roten Frontkämpfer-Bund zu verbieten. Am 8. Mai wurde das Verbot von Preußen und kurz darauf auch im übrigen Reich durchgeführt. Ein gewaltiges Heer von Polizeitruppen wurde aufgestellt. In allen Ortsgruppen, bei allen Funktionen wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt. Alles, was die Spitze erliefen konnten, wurde weggeschleppt. Ein ganz großer Vermögenszug sollte von den Räumern durchgeführt werden. Die Sozialfaschisten hatten die Rechnung ohne die Aufmerksamkeit der Kameraden des RFB, gemacht.

Bekenntnis der Konsumgenossenschaftler zur Opposition

Macht die Genossenschaftsbewegung der Arbeiterfront nutzbar! — Solidaritätsaktionen mit Streikenden müssen unternommen werden — Reformistische Konsumvereine bieten sich als Kriegslieferanten an Unter Führung der Opposition muß die Arbeiterfront diesen Kurs befähigen

Die Genossenschaftsbewegung sowohl in Deutschland als auch im internationalen Maßstabe ist eine starke Bewegung. Allein in Deutschland gibt es etwa 1000 Arbeitergenossenschaften, die über 8 Millionen Arbeiterfamilien umfassen. Dies zeigt schon, daß die Genossenschaftsbewegung eine ernsthafte Behandlung von Seiten der gesamten Arbeiterfront bedarf. Vor 1. Mai wurde der Wert eines halben deutschen Konsumvereins im letzten Jahr gehabt und allein 50.000 Mitglieder befristet. Dieser ganze Apparat wird von der Reformisten beherrscht. Aufgabe der Arbeiterfront muß es sein, unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu kämpfen für die Ausbesserung dieses für die Arbeiterfront nicht zu unterschätzenden Apparats.

Der Lübecker Genossenschaftler war nur eine Paradebeispiel der reformistischen Führer. Die Demonstration am Sonntag war ein harmloser Karnevalszug. Gegen eine solche Politik in den Genossenschaften muß ernsthaft Front gemacht werden. Schon im Jahre 1910 auf dem internationalen Kongress in Kopenhagen wandte sich Lenin gegen den Reformismus in den Arbeitergenossenschaften und forderte die Teilnahme der Genossenschaftler an den Arbeiterkämpfen. Ganz besonders warnte er vor Illusionen, die man sich über die Aufgaben der Genossenschaften macht. Reist ist das eingetreten, woran Lenin schon damals warnte.

Die Genossenschaften sind nicht mehr als Warenverteilungsstellen.

Die Mitglieder nehmen keinen Anteil an den ganzen Dingen. Mit Recht erheben die Mitglieder Vorwürfe gegen die Preispolitik der Konsumvereine, die nach dem Gesichtspunkt der Arbeiterfront, d. h. einer beiderseitigen Arbeiterfront, gestaltet wird. Solche Vorfälle sind nur ein Teil der Fragen, die zur Behandlung stehen in den Konsumvereinen.

Einig und geschlossen müssen die Genossenschaftler unter Führung der revolutionären Opposition kämpfen.

Die gewaltige Weltwirtschaftskrise nimmt immer größere Ausdehnung an, besonders in Amerika. In Deutschland zeigt das ungeheure Arbeitslosentum die Vertiefung und Verbreiterung der Wirtschaftskrise. Die umfangreichen Kämpfe in England, der Mansfelder Kampf und der Kampf, der sich im Ruhrgebiet und in anderen Teilen Deutschlands entzündet, stellt die gesamte Arbeiterfront vor wichtige Aufgaben. Hier sollte es die Aufgabe der Konsumvereine sein, die Kämpfer der Arbeiterfront durch praktische proletarische Solidarität zu unterstützen.

Die Opposition für Solidarität mit der kämpfenden Arbeiterfront

Die reformistische Genossenschaftsbürokratie aber erklärte auf dem Lübecker Genossenschaftstag durch den Sprecher Alexja, Hamburg, daß die Konsumvereine die Arbeiterfront nicht unterstützen werden. Aber die von der revolutionären Opposition geleiteten Konsumvereine üben praktische Solidarität.

Viele Lebensmittel sind bereits für die Mansfelder Streikenden abgegangen.

Der Konsumverein Halle überwiegt den kämpfenden Hüttenarbeitern 1000 Mark und der Konsumverein Merseburg übermies 300 Mark.

Dies war der reformistischen Genossenschaftsbürokratie ausreichend genug, um beide Konsumvereine aus dem Zentralverband auszuscheiden. Die revolutionäre Opposition vertritt über die Dreierparteistärke bei 20.000 Mitgliedern und 63 Verteilungsstellen in Halle. Die einseitige Verfügung über die Lebensmittelverteilung mußte zum Gericht aufgegeben werden. Es forderte die Lübecker Genossenschaftler auf, auch im Lübecker Konsumverein mit verstärkter Kraft dafür zu arbeiten, daß der Konsumverein wieder ein Instrument im Klassenkampf der Arbeiterfront wird.

Insondere ist es auch Aufgabe der Konsumvereine, den Kampf gegen die Hunger- und Bürgerblockade zu führen. Die Reformisten begnügen sich mit Scheinprotesten, ja, bei der Müller-Regierung haben sie nicht einmal diese Scheinproteste gemacht, sondern haben die Zoll- und Steuerpolitik der Müller-Regierung gutgeheißen.

In den meisten Ortsgruppen mußten die Spiegel ohne jeglichen Erfolg, noch verböhnt und verlacht von den Arbeitern, abgeben. Das Verbot traf die Kameraden ja nicht unvorbereitet. Die Schandtat der Sozialfaschisten war ja schon längst bekannt.

Wiederum ging ein Proteststurm durch die Halbeschwärmer Arbeiterfront. Eins fand bei allen Kameraden fest:

ob legal oder illegal, die „rote Front“ läßt sich nicht verbieten.

Trotz Verbots wurde marschiert. Die Bourgeoisie und Sozialfaschisten schämten vor Mut über ihre eigene Ohnmacht. „Rot Front“ beherrschte nach wie vor weiter die Straße. Eine wilde Jagd setzte seitens der Polizei ein gegen alles, was im Geruch stand, der roten Front anzugehören. Massenhaft wurden die Kameraden verhaftet, ihre Arbeitsgeschäfte wurden von der verhassten Soldateska vom Leibe gerissen. Man ging sogar so weit und verhaftete Kameraden, die die Milde oder Ruhe der roten Front trugen. Mit Stumpf und Stiel sollte und mußte die rote Front ausgerottet werden. Ohne jede Vermehrung und Gerichtsverhandlung wurden die Kameraden zu monatelanger Gefängnisstrafe verurteilt.

All diese Verfolgungen und Terrormaßnahmen werden es nicht verhindern, daß die rote Front weiter existiert. Tausende Halbeschwärmer Protestieren gegen die Wehrorganisation des Proletariats — trotz Verbots.

Der „Rote Frontkämpfer-Bund“ ist verboten — aber er lebt.

Durch die bisherigen Zollbeschlüsse sind die Lebensmittel allein um 14 Prozent verteuert.

In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ nimmt die Hege gegen die Konjunktion einen großen Raum ein. Dort läßt ein Weiskarbitz, Oberg, seine Bekartheit gegen die Konjunktion los. So haben die reformistischen Konsumgenossenschaftler in der Reichshollwafel bereits mit dem Reichsinnenministerium über Verrechnungen im zukünftigen Krieg verhandelt.

Die Arbeiterfront muß sich mehr als bisher um die Vorangänge in den Konsumvereinen kümmern. Durch eine brutale Diktatur will man die revolutionäre Opposition mundtot machen. Das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder soll völlig beschlagnahmt werden. In Berlin und in anderen Orten des Reiches beruft man überhaupt

Helft den Mansfelder Kumpels!



Übt Solidarität. Zeichnet auf. Risten der I.A.H.

keine Mitgliederversammlungen mehr ein, weil man Angst vor den Mitgliedern hat. Dafür macht man aber Veranstaltungen mit Kaffee und Kuchen.

Eine besondere Rolle spielt die Frau im Konsumverein. Die Steigerung der Aktivität der Frauen ist deshalb von großer Bedeutung. Die reformistischen Führer benutzen die Frauen zwar zur Propaganda, aber zu verarmten Rollen sollen sie nicht herangezogen werden, das verstehen die Männer besser, wie der Reformist Stratoski in Düsseldorf sagte. Die Lübecker Tagung der selbstzufriedenen reformistischen Speiser war keine ernsthafte Arbeit. Ganze sechs Stunden hat man während der Tagung mit ernüchternden Reden verbracht. Die andere Zeit wurde in Vergnügungstafeln bei Wein und Sekt verbracht.

Die revolutionäre Opposition, die in einer Reihe von Bezirken in Deutschland in der letzten Zeit erfreuliche Fortschritte gemacht, kämpft mit allen Mitteln gegen die Fortschritte dieses reformistischen Kurses in den Konsumgenossenschaften. Man schlägt nicht nur Einzelmitglieder aus dem Zentralverband aus, sondern ganze Vereine werden hinausgeworfen, wie das beispielsweise Halle und Merseburg bezogen. Diese beiden Konsumvereine sind nur deshalb ausgeschlossen worden weil sie proletarische Solidarität üben im Kampf der Hüttenarbeiter im Ruhrgebiet.

Die Zehntausende von Mitgliedern des Lübecker Konsumvereins müssen ebenfalls gemeinsam mit den übrigen Millionen Mitgliedern kämpfen gegen die Zoll- und Steuerpolitik der Hunger- und Kriegsregierung des Bürgerblocks.

Unter Führung der revolutionären Genossenschaftsopposition muß die Millionenarmee der Konsumgenossenschaftler kämpfen gegen Faschismus, Sozialfaschismus und Krieg, für den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, für die Befreiung der proletarischen Diktatur in Deutschland.

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Blumberg wählt nochmal

U. A. Blumberg. In Blumberg wird noch einmal gewählt. Er nicht gewählte Franz Selbig hatte gegen die Wahl Einspruch erhoben, aber die Gemeindeversammlung war in den Parteien geteilt, weil sie nicht den Dienstweg gegangen war. Warum wurde Einspruch erhoben? Der Gemeindevorsteher Tenzer hatte 16 Stunden vor der Wahl die Stimmzettel verteilt ohne den Wahlzettel darüber in Kenntnis zu setzen. Amtliche Kandidatenlisten wurden erst Sonntag früh am Tage der Wahl durch Auslöser den Wählern zum Kenntnis gebracht. Man bedauert: fünf Tage vor der Wahl darf laut Wahlordnung nichts mehr geändert werden. Der Gemeindevorsteher ist die Wahlordnung fünf Tage vor der Wahl dem Wahlzettel beigefügt und trotzdem diese ungesetzliche Handlungsweise des Vorstehers!

Jede gezeichnete Karte für die Mansfelder Kampfs ist ein Sammelzettel gegen die Mansfeld U. G. Arbeiter, an Euch liegt es, durch viele Sammelzettel den Mansfelder Kampfs zu einem Siege zu versehen. Zeichnet auf die Listen der M. A.

Man kam noch ein zweites Malerbeispiel: Die Schöffenzelle wählte einen Tag vor der Wahl den Gemeindevorsteher und Schöffenamt eingereicht. Die Liste der Wähler, vertreten durch Arbeiter und Kleinbauern, wurde vierundzwanzig Stunden vor der Wahl beim Gemeindevorsteher eingereicht. Die Schöffenzelle war durch vier Gemeindevorsteher gegenseitig. Das war natürlich nicht richtig, es mußten zwei Gemeindevorsteher unterschrieben haben. Der Gemeindevorsteher verzweigte auch hier die Herausgabe der Liste zwecks Berichtigung. Das gab dem Amtsvater U. A. auf Wunsch natürlich auf Anregung der größeren Wirtschaftsbetriebe Veranlassung, gegen die Schöffenzelle und zugleich gegen die Gemeindevorsteher beim Landrat in Weichenau Einspruch zu erheben. Der alte Gemeindevorsteher wurde nicht wiedergewählt, weil er eine treue Stütze der großen Wirtschaftsbetriebe geworden ist. Bei der Schöffenzelle erhielten die Herrschaften aus seinen Schöpfen, darüber große Enttäuschung. Erst könnten die Herrschaften den Arbeitern keinen Schöpfen, und nachher wurde es aber umgekehrt. Da erhielt die Arbeiterliste alle Schöpfen. Es sind nun in drei Gemeinden Wahlverfahren vorgekommen in Stefla, Koldorf und Blumberg. Die übrigen Gemeinden werden im Kreisaustrich verhandelt, Blumberg wurde nicht im Kreisaustrich behandelt, sondern der Landrat entschied in der Blumberger Angelegenheit allein über Blumberg. Eine merkwürdige Sache — Amtsrat Ude, deutungslos — Landrat Uebbrig, deutungslos und die Liste der Wähler — o Schred, verstauchte Kommunikation, wer laßt da? Der Gemeindevorsteher hat die ganze Wahl verlor, er hat sie selbst zugegeben, daß er schuld ist, er wurde mit Hilfe der Arbeiter zum Gemeindevorsteher gewählt, er war selbst auch Arbeiter, heute ist er ein großes Tier, er hat mit den drei Arbeitern nichts mehr gemein. Er sucht die betreffenden Arbeiter zu identifizieren, die es wagen, gegen seine Selbstherrlichkeit Front zu machen.

Und der Heberer Franz hatte sich gegen den Gemeindevorsteher zu vernehmen. Anständig sollte der Vorsteher dem Franz die Karte vorlegen haben. Darob war Franz derart aufgebracht, jedes zweite Wort, was Franz gegen den Gemeindevorsteher anwendete, war: „Der Schuft muß weg!“ Einen größeren Schuft gab es wohl nirgends anders als in Blumberg. Heute, auch bei der kommenden Wahl, sieht man den Heberer Franz, und den Schuft freut er sich auf einer Riste. Das ist echt treuherzig, wie es „Sozialisten“, Katholiken und Hohenzollern würdig ist.

Am 29. Juni ist nun das zweite Mal Wahl zum Gemeindeparkament.

Es sind nicht weniger wie sechs Diktoren zum Vorsteher gekommen. Ist das nicht ein direkter Widerspruch? In Blumberg möchte jeder ein Wähler haben, damit er sich geborenen Wähler kann.

Man, Ihr Arbeiter und Kleinbauern, laßt die Heberer, die sich schämen, mit den Arbeitern zusammenzugehen, unter sich, denn mit ihnen Wiesengärtern ist ja doch kein ernstliches Zusammenarbeiten möglich. Laßt die Speidellerer beiseite!

Ihr Blumberger, Arbeiter und Kleinbauern, halt Euch geschlossen hinter die Oppositionsliste der Wähler.

Diese Liste wird Euch in allen Fällen helfend zur Seite stehen. Sonntags am 29. Juni dafür, daß die Liste der Wähler als Steuer aus der Wahlzettel hervorgeht. Es wird Euch kein Antrag, kein Mittelmeer und auch kein Beamter in Eurem Hof befehlen, das Gegenteil werdet Ihr nach der Wahl am 29. Juni erleben. Tue ein jeder seine Pflicht, laßt alle Kleinlichen Sagen beiseite, wählt geschlossen die Liste der Wähler. Geben der Kenner, der Spezialisten, der Witen, ferner der Erwerbslosen und der Ausgezeichneten.

Ein Teil des Gemeinderats Kliden lebt hinterm Mond

U. A. Die Tagesordnung war: 1. Feststellung der Gemeindefälle für das Rechnungsjahr 1929. 2. Antrag des Hans Knöller und Richard Sch. auf Wohlfahrtsunterstützung. 3. Antrag und Bescheidenes.

Vom SPD.-Sumpf

„Wolfsbote“-Aktions-Scharenberg befehlt

Herr Erdirektor Borgis-Leiken darf nicht mehr angegriffen werden — Die Redaktion gehört dem Schieber Scharenberg

L. G. Der „Wolfsbote“ vom 18. Juni bringt folgende Notiz: „Auswärtigenfahrten gegen Stadtrat Schulze. Der örtliche Parteiauswahlgang und der Vorstand der Stadtratsverwaltung haben in eine Sitzung vom 12. Juni einstimmig beschlossen, den nächsten Parteiverammlung folgenden Antrag vorzulegen: Stadtrat Schulze wird wegen parteiübigen Verhaltens aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen.“

Stadtrat Schulze hat sich im „Wohlfahrtsamt“ so aufgegeben, daß er, seit Monaten bei vollen Begehren, sich von einem Auswärtigenamt in den nächsten Schritt. Er leitete seinen Amtsgang gegen: Eine ganze Politik mit Gottlieb Schulze, eine anständige Person mit ich haben! Wahrscheinlich hat es Schulze angelehnt, seine Pension im „Wolfsbote“-Berlag anzulegen, schon fließt er! Scharenberg dagegen, der SPD-Oberstimmfänger, darf bleiben, denn er war so weis und SPD-tug.

Seine ergangenerten SPD-Gelder wenigstens zum Teil im „Wolfsbote“-Berlag anzulegen,

dadurch wurde er gleichzeitig als Großaktionär Aufwärtiger.

Wie er die SPD-„Präferenzliste“ einbringt, zeigt folgender Bericht: „Zwischen Scharenberg und dem Erdirektor Borgis-Leiken, der konträren Verhandlung, Zeit, das es vor Jahren wegen eines ziemlich gefährlichen Geschäftes zu persönlichen Differenzen. Beide sitzen im Gemeinderat. Es war dem „Wolfsboten“ im Laufe der Zeit zur Lieben Wohlhabend geworden, Borgis-Leiken einmal wogentlich angucken. Als L. G. mit seinen Mitarbeitern im „Klaffenstamm“ aufwartete, verstauchte Scharenberg sich mit seinen anderen Gegnern auszuschließen.

Zu Punkt 1 gab es keine Debatte. Bei Punkt 2 lag der Gemeindevorsteher, daß es im Dorf noch so viele alte Weiber gibt, die noch keinen Antrag auf Wohlfahrtsunterstützung gestellt haben, sie leben so wie sie sind, arbeitslos, gegen die „jungen Kerls“, die können sich tatsächlich nicht, der Gemeinde zur Last zu fallen. So gemein redete dieser beschränkte Vorsteher daher. Die Bürgerlichen drücken sich nach allen Regeln der Kunst, um über den Punkt wegzukommen. Der Genosse Krüger macht den Herrschaften den Standpunkt widerrechtlich klar. Sie kommen auf ihre Willkür zu sprechen und legen, daß es früher beim Militär für 22 Pfennig gearbeitet hätten, und wenn wir das stehende Heer noch hätten, dann es auch nicht! Sozial-Arbeiter! Beim Vergnügen steht man nicht, wer arbeitslos ist! Krüger sagt, wenn ein selbiger Kerl ein halbes Jahr arbeitet, muß er lonel gehalt haben, daß er das andere halbe Jahr leben konnte, und wer Arbeit haben will, bekommt auch welche! So ein Dummkopf. Der Rechte Richter sagte, früher herrschte Ordnung, da gab's beim Bauer Kette bis zu 30 Jahren. Dagegen jetzt, das junge Volk, ist doch zu frech. Der Sozialdemokrat widerrechtlich klar. Sie kommen auf ihre Arbeit haben, wenn sie sich darum bekümmert hätten. Sie können in die Landwirtschaf gehen. Wenn wir den beiden Unterstützung geben, müssen wir wieder eine Steuer in bezug auf und ich könnte nicht nur für andere, daß sie mich nachher auslösen können. Sie gehen spazieren und ich mache die Arbeit.

Der Genosse Hanitzsch führt die Färbereiabteilung an. Da ist kein Bauer gemein und hat sich eingeklinkt. Es kommt zur gemeinsamen Abstimmung, und zwar gegen 4 für den Antrag. Sogar der kleine Otto Watz hat dagegen gestimmt. Für ihn sind die Kommunikation nur um, um im Winter die Unterstützung herauszubekommen, und sonst ist er im Arbeiterverein feste Furca. Und noch einer hat gegen den Antrag gestimmt. Was es vielleicht des Bauern aus noch arbeitslos, dann kommt Du wieder zu den Kommunikation gehen, und die sollen dann die Sache für Euch Hurra freisetzen ausgeben.

Was sich ein Gemeindevorsteher, der zugleich Jagdvorsteher ist, im Kreise Schweinisch leisten kann

Aus Holzdorf wird uns geschrieben: Ich bin seit dem 1. Mai 1928 Jagdvorsteher der Gemeinde Cölle gehörigen Jagd. Beim Antritt derselben erbat ich der Jagdvorsteher Meiner einen Erlaubnisbogen zur Ausübung der Jagd auf meinem Revier, welchen er auch erhielt. Es dauerte jedoch nicht lange, da wurde ich gewarnt, daß der Jagdvorsteher immer zwischen mein und dein aufpassen konnte. Bei einer Ueberprüfung machte ich ihn darauf aufmerksam, daß mein Ueberprüfungsbogen vertrauensvollig nicht mitbringen wollen, andererseits ich meinen besten Freund nicht schonen werde.

Wohlfahrtspflege unter schwarzgoldener Flagge in Gerbstedt

U. A. Der Titel Wohlfahrtspflege, welcher in der schwarzgoldenen Republik immer eine viel umstrittene Sache ist, wickelt sich auch in Gerbstedt, wo die Sozialdemokraten an der Spitze stehen, ziemlich trag aus.

Ein ausgeleierter Erwerbsloser, ein Mann, der im Besitz eines gebrauchten Stock-Motors ist, stellt sich vor. Er hat einen Antrag auf Wohlfahrtsunterstützung. Er hat eine Frau und fünf Kinder zu unterhalten. Er ist nun aber Vorgesetzter des oben erwähnten alten Karrens, also „Vorgesetzter“. Und muß bekämpft werden nach Ansicht des „völliger-freundlichen“ Sozialdemokraten Bartheles und Konforten.

Die unorganisierten und den Gemeindefällen ausgeschlossenen Klidenen Kampfs, wenn sie Antrag auf Wohlfahrtsunterstützung stellen, werden verpflichtet, aus dem Arbeitsgebiet wieder abziehen zu lassen. Ebenso wie diese „Wohlfahrts“-praxis ist auch diese der Fall eine ganz große Gemeindefälle gegenüber Protesten.

Ein Kumpel, welchem kein der geistigen Wohlfahrt (Wohlfahrtsamt) etwas zu wenig gebührt, erhielt den Auftrag, nach Eisenbach zu gehen und sich das Fehlsende von der Hauptstraße abzuholen. Er erhielt es auch, doch wurde ihm gesagt, daß er das Geld ruhig lassen lassen muß, da die Arbeit ja doch bald wieder aufgenommen würde. Man heft also schon wieder einen neuen Plan aus gegen die „Wohlfahrts“-Kampfs, die gesamte Arbeiterfront muß erkennen, daß diese geschlossene

Er fuhr also eines Tages Borgis mit seinem VWB-Dienstauto in die Quere und redete ihn an: Herr Borgis, es hat doch keinen Zweck, daß wir uns dauernd magig machen. Wir sind doch verlässliche Menschen.“ Darauf Borgis: „Wie kommen Sie mir vor, Ihr „Wolfsbote“ pöbelt mich doch dauernd an.“

Darauf Scharenberg: „Wenn es nur das ist, Herr Borgis, ich bin Aufwärtiger des „Wolfsboten“ und versichere Ihnen, die Arbeiter haben von jetzt ab auf!“

Der Herr Redakteur „WBG“ M. d. F., zeigte sich bei unserer Unterredung über diesen Eingriff des Herrn Paul in die Freiheit des Redakteurs sehr entrüstet.

Zuletztlich wird aber Borgis seitdem unbehelligt gelassen.

Tanoll, Verholz, gegen die diesen Monaten des Großaktionäre Scharenberg kammt Du nicht an. Der „Wolfsbote“ zeigt Dir auch nicht raschen, weil Du befürchtest, daß Paul mächtig aus der Schule plaudert, denn der weiß über Deine arbeitervertreterische Schreibe bestimmt mehr, als U. G. Dagegen entspricht es nicht den Tatsachen, daß der Landrat des Kreises Weitzenfels, Zimmermann, seine VWB-Kämpfe im „Wolfsbote“ angelegt hätte.

SPD-Arbeiter, so steht es hinter den Kulissen des „Wolfsboten“ aus, der auch als Führer des „Wolfsboten“ angesehen werden kann, daß auch nicht länger von geschlossenen Kampfgruppen getrennt werden. Weg von der SPD, her zur roten Klaffenfront, in der alle christlichen, revolutionären Arbeiter kämpfen.

wenn ich weiß, er bestiebt mich. Da war es mit der Freundschaft vorbei, und ich wurde hinter dem Rücken verläßt. Aber trotzdem ließ sich der Sozialdemokrat in seiner Selbsthaft nicht führen. Er nahm sogar Leute mit ins Revier, die nicht im Besitze eines Jagdweins waren, um für sich Wild zu jagen. So den Hofschaffner 5 a u e als Schweinisch. Selbiger ließ unter anderem auch einmal zwei Wildenten ab und da lagte Weitzer, wörtlich: „Die gib mir man, denn ich habe noch nicht gefressen.“ Im Februar 1928 bekam ich eine fingierte Anzeige von Jagdvorsteher Meiner, ich sollte am 28. Januar einen Hahn erlegt haben (Schonzeit), welches durch einen Knecht aus Clossen bezeugt werden sollte, der von jedem Einnehmer der „dumme Watz“ bezeichnet wurde. Ich konnte durch viele ungesetzliche Zeugen mein Alibi nachweisen, daß ich in der Zeit gar nicht jagen war. Trotzdem wurde mir Anzeige gegen mich erhoben. Im Verhandlungstermin befandete Weitzer auf die Frage des Amtsvaters, ob der Knecht immer bei, er wisse davon nichts. Die Freizeitschuldung nicht erlösen.

Sonderbar mietet es einen dagegen an, als kurze Zeit vorher der Amtsvater Weitzer aus Holzdorf an einem Sonntagmorgen,

Auf jeder Bauweise und in jedem Betrieb muß für die Mansfelder Kampfs am Freitag gesammelt werden. Arbeitende Männer und Frauen, beweißt Eure Solidarität, zeiget einen Stundenlohn!

bei einer kleinen Treibjagd, während des Hauptgottesdienstes, vor-mittags 10 Uhr,

einen Jungen angeschlossen hat, der nach einigen Stunden farb. Anlage wurde nicht erhoben. Es scheint also, als ob ein fingierter totesgeschlossener Hahn wert ist als ein junges Menschenleben. Dann kam die Geschichte mit meinem Drilling, der mir auf so merkwürdige Art abhandeln kam und auf ebenso merkwürdige Art nicht nachweisen, daß ich in der Zeit gar nicht jagen war. Trost wurde mir Anzeige gegen mich erhoben. Im Verhandlungstermin befandete Weitzer auf die Frage des Amtsvaters, ob der Knecht immer bei, er wisse davon nichts. Die Freizeitschuldung nicht erlösen.

Im Februar war eines Tages eine Barrikade von Gängen und Pfählen vor der Tür der Jagdbütte errichtet. Einige Zeit später wurden wieder Pfähle vor die Tür geschlagen, so daß es unmöglich war, die Tür zu öffnen. Es war zu meinem Schrecken, aber nur den Eintrich zu verstehen, weiß ich nicht. Ich nehme an, es ist lauter Schikane.

Zwei Tage später, am 1. Juni, war in Lindwerder Kahnweisse des Landwehrcorps. Selbstverständlich war der Herr Jagdvorsteher Meiner auch zugegen.

Auch das „Deutschland-Sich“ wurde mit gefalteten Händen

„Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland.“ Es fehlte bloß noch der Heiligengeist.

Ich will noch erwähnen, daß meinem Vorgänger als Jagdpächter, Herrn Gruban aus Berlin, durch allerhand Mächtigkeiten von gewisser Seite die Luft zur Jagd verweigert wurde, was er unmöglich war, die Luft zu öffnen. Es war ein Drittel meiner Pachtsumme betrug, aber die Jagd zurück. Gustav Mieting, Holzdorf a. d. Elster.

Wir haben der Justizrat Raum gebefunden, um vor allem zu zeigen, wie national eingestellte Gemeindefunktionäre es treiben.

Mansfelder Kreise

Zur Verhaftung des Bürgermeisters Ziebig

U. A. Als ich in der Nacht vom 17. zum 18. Juni in der Stadtratsverwaltung den Bürgermeisters Ziebig bei der Stadtratsverwaltung, öffentlichen Versammlungen und im „Klaffenstamm“ zum Ausbruch kam, führte im Dezember zur Verhaftung des Stadtratsleiters Bartheles. Den Hauptschuldigen Ziebig lag man lauten.

Jetzt endlich, am Donnerstagabend, hat es die Staatsanwaltschaft für nötig gehalten, diesen Korruptionshelden dingfest zu machen und hinter schmehliche Gardinen zu setzen. Die bürgerliche Gesellschaft, besonders der Bürgerverein, glaubte in Ziebig einen Mann zu haben, über o weh, jetzt sind sie ganz heilfaut geworden. Jetzt sprechen die Tatsachen, die wir 1926 schon aufgerollt haben, allzu laut. Die kommunistische Stadtratsverwaltung hat recht behalten, der Stempel ist nicht mehr zu zerkratzen. Wo bleiben da die Selben um Labertz, Dufstein und Konforten mit ihrem Giermann?

Schwere Verleumdungen (Schadefahrt) Straße, Brülle, Erwerbslosengelderunterstützungen, werden Ziebig zur Last gelegt. Dies wurde besonders erörtert durch die maßloseste Verdrehung von Erwerbslosen, die an der Schadefahrt Straße beim Bau beschäftigt waren. Am Freitag hat 23 Arbeiter verurteilt worden, am Dienstag 7 Erwerbslose. Alle können nur das von der kommunistischen Stadtratsverwaltung veröffentlichte Material bezeugen.

Schwere Vorwürfe gehen auch gegen den Steinkuhnternehmer Otto, der besonders beim Bau der Schadefahrt Straße die Veruntreuungen und Betrübgeleien an den Erwerbslosengeldern mitgemacht haben soll. Auch dieses ist festgelegt im Protokoll kommunistischer Stadtratsverhandlung vor dem Amtsgang im Jahre 1926.

Die revolutionäre Arbeiterfront verlangt die Verhaftung von Steinkuhnternehmer Otto und seiner Komplizen, wo doch genügend belastendes Material durch die vielen Zeugenvernehmungen vorhanden ist.

Der abgetrennte Prozeß Arbeitsamt Eisenbach, Reinecke, Faltenhof, Leo Reume, Weitzenfels, beginnt Donnerstag, den 26. Juni, beim Schöffengericht Eisenbach.

Der Prozeß gegen Ziebig ist abgetrennt von dem ersten und findet später statt.

25. März für 25-jährige Dienstzeit bei der Stadt

U. A. Sangerhausen. Am 12. Mai beging der in der Stadtgärtnerei beschäftigte Arbeiter Karl Böhner seinen 25-jährigen Dienstjubiläum. Innerhalb dieser 25 Arbeitsjahre hat sich dieser Arbeiter Kenntnisse und Fähigkeiten angeeignet, die heute bei Ausübung seiner Arbeit denen eines gelehrten Arbeiters gleichgestellt werden können und der Stadt augute kommen.

Der Betriebsrat der städtischen Arbeiter hatte deshalb an den Magistrat der Stadt Sangerhausen eine Eingabe gerichtet, den Böhner aus den oben angeführten Gründen in die angelernte Gruppe des Bezirkslohnarbeiters vom 1. Juni 1929 einzugruppieren zu wollen. Der Magistrat lehnte dies in einem Schreiben vom 12. Mai 1929 jedoch ab, mit dem Bemerkten: Dem städtischen Arbeiter Böhner soll als Anerkennung für seine 25-jährige Dienstzeit 25 Mark überreicht werden: eine Betragsgroupierung wird abgelehnt. (1) Die Höhergruppierung beträgt 2 Pf. pro Stunde.

Der Betriebsrat der städtischen Arbeiter hat sich nun direkt an die Stadtratsverwaltung gesandt und die Forderung im Brief Böhner betreffend überreicht. Der Magistrat hat die Stadtratsverwaltung mit der Forderung der Stadtratsverwaltung mit der Forderung im Brief Böhner betreffend überreicht. Der Magistrat hat die Stadtratsverwaltung mit der Forderung im Brief Böhner betreffend überreicht.

Rund um den Erdball

Schreckensszenen beim Brückeneinsturz

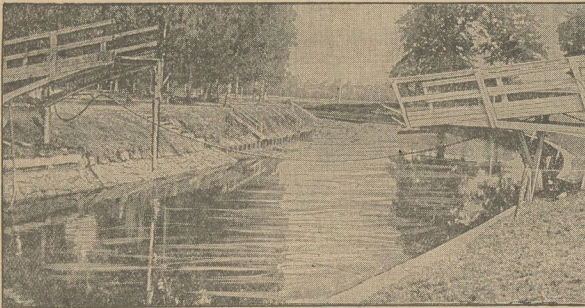
Von 200 auf der Brücke stehenden Zuschauern 133 verletzt

Chemnitz, 24. Juni. Wie wir bereits gestern kurz berichteten, ereignete sich am Sonntag nachmittag im städtischen Fließbad ein schreckliches Brückeneinsturzkatastrophen, die 200 auf der Brücke stehende Personen mit in die Tiefe rief. 133 Personen wurden dabei mehr oder weniger schwer verletzt.

Ergänzend erfahren wir, daß das Fließbad am Sonntag einen Rekordbesuch aufzuweisen hatte. Außer den Badenden waren noch rund 10 000 Zuschauer erschienen, die von überall her dem bunten, frohen Leben in der Badeanlage zusahen. Kurz nach 4 Uhr, als das Gestränge seinen Höhepunkt erreicht hatte, stoben auf der Holzbrücke, die über den Fluß führte, annähernd 200 Personen. Doch war die leichtgelenkte Brücke nicht imstande, diese Ueberbelastung zu tragen. Unter jähsartiger Krach brach sie plötzlich in der Mitte zusammen.

Zu Klumpen gewickelt, rutschten die entsetzten Menschen zur Mitte und stürzten dann kopfüber ins Wasser.

Im Nu entstand eine furchtbare Panik. Gelientes Hilfesgeschrei, Angstrufe alarmierten das gesamte Badepublikum. Tausende



Die Chemnitzer Unglücksbrücke

sammelten zu der Unglücksstelle, da viele unter dem Berührungslärm Familienangehörige vermuteten.

Angewiesenen erlitten Polizei und die Feuerwehr mit mehreren Köpfigen sowie mit Pionier- und Krantenwagen. Eine ganze Anzahl Chemnitzer Wertge besahnte sich um die Verletzten. 133 Personen erlitten Verletzungen, 25 Personen mußten in Krantenwagen weggeschafft werden.

Die Polizei ist zur Zeit bemüht, durch eingehende Untersuchung der Brücke die Schuldfrage zu klären. Ganz Chemnitz geriet durch die Schreckensnachricht von dieser Brückeneinsturzkatastrophe in helle Aufregung.

Mörderische Hitze in Amerika

15 Todesopfer

New York, 24. Juni. Die ungewöhnliche Hitze, die seit einigen Tagen im mittleren Westen und in den Südstaaten Amerikas herrscht, hat viele Todesfälle verursacht. Aus Chicago wird gemeldet, daß dort gestern die Hitze 41 Grad Celsius erreicht hat. In einigen Staaten des mittleren Westens hat die mörderische Hitze nicht weniger als 15 Todesopfer gefordert.

Minenexplosion in Spanien

Zwei Tote, zahlreiche Schwerverletzte

Madrid, 24. Juni. In der Nacht zum Dienstag ereigneten sich in dem spanischen Städtchen Toledo in einem Marinewaffenarsenal mehrere Minenexplosionen, wobei zwei Arbeiter getötet und zahlreiche andere schwer verletzt wurden.

Studienrätin Pilz nimmt Anstoß

Ein Hofschrei aus bayerischen Schulen

In dem Organ des Vereins katholischer bayerischer Lehrerinnen „Zeit und Schule“ ringt sich Maria Pilz — pardon Studienrätin Pilz — folgenden Hofschrei ab:

„Es ist Tatsache, daß wir Lehrkräfte im vergangenen Sommer in unieren Mädchenklassen die ungebührlichen Zustände ertragen mußten, der kurze, enge Rod verdrückte die Oberkörper unserer Mädels doch kaum zur Hälfte. Dazu das nackte Bein und das ärmellose Kleid, das beim Stehen des Fingers die Achselhöhle freiließ. Außerdem der dünne, oft sehr durchsichtige Stoff, der ohne guttisches Unterfleid die Körperformen stark ausprägte. Und vor dieses Kleidenbild mußte jede Beschriftung treten, auch die münchener Hofschreier und der schüzte ihn nicht in Verachtung Hofschreier. Wir alle mußten uns gleichermasse diese ungläubliche Zumutung bieten lassen.“

Daß dieser „Hofschrei“ ausgerechnet aus München kommt, wundert uns gar nicht. Steht doch gerade die bayerische Hauptstadt ganz besonders unter dem Terror der mörderischen Hitze vom Schlags einer Studienrätin Pilz. Und da von diesem Eldorado der heuchlerischen Sittlichkeitskämpfer die Erneuerung Deutschlands ausgehen soll, kann man sich nach dem Studium dieses „pizigen Hofschreies“ ungefähr ausmalen, was dem freihetlich denkenden, gelunden Menschen in dem „Erneerten Deutschland“ blühen wird.

Automobilrennen in der Sowjetunion

Nach Moskauer Meldungen soll Anfang August auf der Strecke Moskau—Wladimirok ein großes Automobilrennen stattfinden. Allerdings soll hier nicht der Rekordwahnsinn triumphierten, sondern es soll vielmehr die Zuverlässigkeit der verschiedenen Automoplen ausprobiert werden. Außer der russischen Automobilindustrie ist bereits eine Reihe ausländischer Firmen zum Rennen angemeldet.

Das Prenzlauer Todesurteil

Dr. Gutmann des „Gattenmordes schuldig“

Prenzlau, 24. Juni. Der Prenzlauer Gattenmordprozess gegen den Kaufmann Dr. Gutmann wegen Mordes an seiner zweiten Frau hat mit einem Todesurteil gegen den Angeklagten geadet. Der Staatsanwalt, der den Stoff dieses von den Sachverständigen als „Mischoppaten“ bezeichneten Menschen von allem Anfang an forderte, hat seinen Willen durchgesetzt. Der Angeklagte nahm das Urteil, das am Montag abend gegen 18 Uhr gefällt wurde, mit vollkommener Ruhe auf.

Trotzdem wir die letzten sind, die den Angeklagten Gutmann, also den verschwendertischen, durch und durch haltlosen und arbeitsscheuen „Sohn des reichen Gutmann“, der Zeit seines Lebens ein Paradies war, verteidigen wollen, muß hier mit aller Schärfe gesagt werden, daß das drakonische Urteil keineswegs hundertprozentig begründet werden kann. Tatsächlich geht nirgendwo aus der Urteilsbegründung hervor, welche Beweise das Gericht dafür gefunden hat, daß nicht nur „vorläufiger Todschlag“, sondern auch „überlegter Mord“ vorliegt. Das Urteil ist auf Grund von Indizien bewiesen zustande gekommen. Blättern wir aber in dem blutbesudelten Geschichtsbuch der deutschen Klassenjustiz nur um einige Jahre zurück, so stoßen wir fast auf jeder Seite auf ein Mordurteil, das durch sogenannte Indizienbeweise gefällt wurde. Man beachte als einen Hauptbeweis für die vorläufige Mordüberlegung Gutmanns beträchtliche das Gericht den Verleserungsabschluß.

obwohl gerade ein Mord drei Tage nach einem Verleserungsabschluß alles andere sein kann als eine überlegte Tat.

Die Verteidigung hat gegen dieses Urteil unverzüglich Revision beim Reichsgericht eingereicht. Der Angeklagte Gutmann scheint

schon mit seinem Leben abgeschlossen zu haben, denn als das Todesurteil verkündet wurde, äußerte er sich seinem Verteidiger gegenüber, „daß alles halb so schlimm wäre, und was ihm schon passieren könnte.“ Zum Schluß darf nicht verschwiegen werden, daß an diesem Urteil nicht wenig reichliche Klassenherrschaft — der Angeklagte ist Jude, die Ankläger dagegen durch die Bank Stahlhewer und fromm deutschnational — ihr gerüttelt Maß Schuld trägt.

Bier Engländer starten zum Amerikaflug

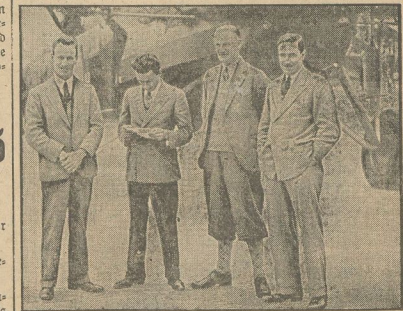
„Das Kreuz des Südens“ über dem Ozean

London, 24. Juni. Der australische Fliegerhauptmann Kingsford Smith ist am Dienstag früh kurz nach 4 Uhr von Port Marnock bei Dublin zu einem Ozeanflug nach Amerika gestartet. Die Besatzung des dreimotorigen Fokkerflugzeuges beträgt insgesamt drei Mann.

Nach einer Erklärung Smiths soll die Luftreise über den sogenannten nördlichen Kreisturs bis Kap Race erfolgen. Von dort aus geht es über das amerikanische Festland nach New York. Um 6.10 Uhr erreichte das Flugzeug die offene See an der Westküste von Irland. Um 6.30 Uhr fing die Radio-

station von Long Island einen Funkspruch von Bord des Flugzeuges auf, worin gemeldet wurde, daß das Flugzeug von heftigen Luftströmungen hart hin- und hergeworfen würde.

Um 6.50 Uhr fing die Radiostation noch einmal den Anfang einer



Die Besatzung des „Kreuz des Südens“

neuen Meldung von Bord auf, die aber plötzlich abbrach. Da amerikanische Wetterkundige gemeldet haben, daß die Wetterlage über dem Ozean für ein Flugzeug geradezu katastrophal sei, befürchtet man für die Ozeanflieger das Schlimmste.

Da die Ueberfliegung des Atlantischen Ozeans „Bremen“ mit Köhler, Sühnefeld und Fitzmaurice durchgeführt wurde, so geht man wohl nicht fehl in der Annahme, daß dieser Ozeanflug wieder einmal zur Entfaltung englisch-patriotischer Begeisterung mißbraucht werden soll.

Verwegene Flucht eines Raubmörders

Ihm gefiel's nicht mehr im Lüneburger Gerichtsgefängnis

Lüneburg, 24. Juni. Dem vor einigen Tagen wegen Ermordung zweier argentinischer Händler in Buenos Aires vom Lüneburger Schwurgericht zu 15 Jahren verurteilten Semann Antonus Agrifon gelang es am Montag, zusammen mit einem Mitgefangenen, namens Alfred Nash, aus dem Gerichtsgefängnis Lüneburg zu entfliehen.

Die beiden Gefangenen waren im Keller des Gefängnisses mit allerlei Hausarbeit beschäftigt, und benutzten einen Augenblick, in dem sich der Wächter entfernt hatte, dazu, um mit Fliesenschleiss ihre Flucht vorzubereiten. Da sie den ganzen Tag über mit Handverleserung gearbeitet hatten, was es ihnen ein Leichtes, die kurze Zeit des Alleinseins auszunützen, die eisernen Stäbe des Gitterfensters zu durchsägen, sie auseinanderzubiegen und hinauszuwerfen.

Trotzdem die Verfolgung der Ausbrecher sofort unternommen wurde, gelang es nicht, eine Spur von ihnen zu entdecken. Man vermutet, daß die beiden verlaufen werden, nach Hamburg zu gelangen, um von dort aus das Ausland zu erreichen. Agrifon hatte im Jahre 1920 die beiden Morde in Buenos Aires

begangen. In der Lüneburger Gerichtsverhandlung beteuerte er immer wieder,

von den argentinischen Gerichten ohne ein ordentliches Verfahren zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt zu sein.

Seine erste Flucht gelang ihm damals auf dem Gefangenentransport von Argentinien nach Feuerland. Als Kohlentrimmer kehrte er dann mit falschem Paß nach Deutschland zurück. Hier konnte er endlich vor einigen Monaten durch Zufall verhaftet werden.

Bootsunfall auf dem Rhein

In der Nähe von Levertusen versuchte ein Ruderer mit seiner Frau im Falchboot vor einem Passagierdampfer den Rhein zu überqueren. Das Boot geriet unter dem Dampfer. Beide Personen ertranken.

Blutige Schlägerei zwischen Seelenten

In der französischen Hafenstadt Cherbourg kam es am Montag abend zu einem blutigen Weitschweifigkeit zwischen amerikanischen, französischen und polnischen Seelenten, wobei mehrere lebensgefährlich verletzt wurden.

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH, Halle, Verdenfeldstr. 14. Fernruf: 210 45 (Abd.); 210 47 (Nertag).

Mit der Qualität des Arbeiter-Zeitungs
Der Rote Stern

Einzelpreis: 15 Pf. für den vom Höhe und Spalte; 1 Mt. im Zeitl. Kontofort: Krebelsch den Sozialkreis Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Verlagsort: Leipzig 28471 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Verdenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, 25. Juni 1930

10. Jahrgang + Nr. 146

Mansfeld trotzt eisern den Feinden

Die Strafen von streikenden Arbeitern befeht — Massenterror vertreibt die Streikbrecher — Die Arbeiter folgen der revolutionären Opposition und verachten die Bonzen, die die Verantwortung für den sozialfaschistischen Polizeiterror von sich abzuschieben suchen — Verstärkung und Verbreiterung des Kampfes sichert den Sieg

(Eig. Drahtber.) Hettfeldt, 25. Juni.

Die verurteilte Streikbrecherin der Mansfeld A.-G. hat den entgegengegesetzten Erfolg gehabt, als ihre Urheber beabsichtigten.

Auf die Nachricht vom Auftreten der Streikbrecher im Messingwerk strömten die Arbeiter zu vielen Hunderten vor die Betriebe. Ueber tausend Arbeiter von Hettfeldt und Weimbach erwarteten gestern vor Schichtbeginn die Streikbrecher.

Die Streikbrecher wurden mit Steinwürfen und Prügel empfangen, bespuckt und mit Füßen getreten.

Die Polizei, die in mehreren schwerbewaffneten Autos anrollte, unternahm Gummiknüppelaktionen gegen die Arbeiter, hieb Frauen und Kinder zusammen und schlug sie blutig, selbst wenn sie schon am Boden lagen.

Doch der Kampfwille der Arbeiter konnte durch diesen Terror nicht gebrochen werden.

Gegen die Autos der Streikbrecher und ihrer Begleiter slogen die Steine. Eine Frau, die einige Arbeiter fälschlicherweise denunzierte, wurde von den empörten Arbeiterinnen bis in ihre Wohnung verfolgt, von den Hausbesohnern angeliefert und dann von den empörten Arbeiterinnen verprügelt, bis sie am Boden lag.

Die Reformisten verhielten in ihren gestrigen Nachmittagsversammlungen durch ein klägliches Gekammel die Verantwortung für den Polizeiterror von sich abzuschieben. Sie erklärten, ein Protesttelegramm an ihren Parteigenossen, den sozialfaschistischen Regierungspräsidenten v. Harnack abgeschickt zu haben.

Aber diese kläglichen Versuche können ihnen nichts helfen.

Die Hettfeldter Arbeiter lesen die „Mansfelder Volkszeitung“, die noch gestern erklärt hat, daß die Polizei sich einwandfrei verhalte und daß die Kommunisten unredt hätten, die Zurückziehung der Polizei zu verlangen.

Polizeioffiziere erklärten ausdrücklich, daß sie ihre Anweisungen direkt vom Regierungspräsidenten v. Harnack bekommen.

Es ist eine elende Augenwäscherie und Demagogie, wenn die sozialdemokratischen Bonzen in Hettfeldt behaupten, gegen den Terror zu sein, der von ihren Parteiführern gegen die streikenden Arbeiter organisiert wird.

Die Hettfeldter Arbeiter durchschauen die Demagogie der Sozialfaschisten. In Massenkräften sie gestern nach dem Empfang der Streikbrecher bei der Hütte auf den Marktplatz in Hettfeldt, wo vor 2000 versammelten Arbeitern die Genossen Halle und Richter unter hümmlichem Beifall das Wesen des bürgerlichen Staates beleuchteten.

Der ein Schußorgan der Mansfeld A.-G. und der Streikbrecher gegen die Arbeiter ist. Der bürgerliche Staat gab selbst eine treffende Illustration zu diesen Ausführungen, indem seine schwer bewaffneten Autos, 30 Polizisten auf drei Streikbrecher, an den versammelten Arbeitern vorbeizogen. Sie wurden von hümmlichen Pfau-Rufen und Pfiffen empfangen. Einmütig beschloßen, um die Arbeiter, heute früh in verstärktem Maße aufzumarschieren, um die Streikbrecher zu verjagen.

Heute morgen sind allein aus Hettfeldt über 1000 rote Streikposten vor den Betrieben aufmarschiert. Unter dem Druck der Arbeiter ist eine wesentlich verminderte Streikbrecherzahl in die Betriebe eingeschleust.

Wer den versammelten Arbeitern sprach vor den Betrieben heute früh die Genossen Halle, Schlag und Miller. Die Polizeiantons führten an den versammelten Streikposten provozierend vorbei, jedesmal mit hümmlichen Nieder-Rufen empfangen.

Besonders hervor tat sich bei allen Provokationen wiederum das Auto IM 29 922 unter Führung des Herrn Wöhler.

Nach dem Streikpostendienst formierten die Arbeiter einen gewaltigen Demonstrationsszug, der nach Hettfeldt marschierte, an den Häusern der Streikbrecher vorbeizog und sie im Sprecher der Verachtung der Protesten preisgab.

Im ganzen Lande entwickelt sich der wachsende Massenterror der Arbeiter gegen ihre Feinde, die Streikbrecher.

In Wolmstedt und anderen Orten haben die Streikenden stundenlang die Wohnungen der Streikbrecher belagert. In Großhorne ist ein Transparent quer über die ganze Straße gespannt mit der Aufschrift:

„Hier wohnt der Streikbrecher Karl Rippl. Seine Wohnung ist zum 1. gekündigt. Solche Leute können wir in unserem Hause nicht dulden.“

Ein anderer Streikbrecher namens Schramm wurde von der Polizei nach Hause gebracht, von seinen Wirtskunden aber nicht aufgenommen. Nun soll er bei seinen Freunden von der Mansfeld A.-G. im Messingwerk kempieren.

Auch die sozialdemokratischen Arbeiter beteiligen sich mit voller Kraft an der Vertreibung und Bekämpfung der Streikbrecher.

troz allen Veredens ihrer Bonzen, die zur „Ruhe und Besonnenheit“ mahnen und die gestern im „Rottlobblatt“ und in der „Mansfelder Volkszeitung“ versucht hatten, die Streikbrechergefahr zu

bagatelisieren, um so die Wachsamkeit der Arbeiter einzuschärfen. So ist es gelungen, heute die Streikbrecherzahl auf dem Messingwerk um ein Drittel zu vermindern. Auch im übrigen Lande ist der Streikpostendienst allgemein verstärkt worden. In Eisenleben sind heute nacht 300 rote Streikposten angetreten. Infolgedessen konnte beispielsweise von Bischofsrode, wo vor einigen Tagen noch 30 Streikbrecher waren, kein einziger Streikbrecher mehr anfahren.

Der Verzicht der Mansfeld A.-G., begünstigt durch den Verrat der Reformisten an den Unorganisierten, mit Hilfe des von Sozialdemokraten geführten Polizeiparates und des Stahlhelms, die Kampffront zu durchlöchern, ist gescheitert!

Nun gilt es alle Kräfte weiter anzuspannen und den Stahlhelm und alle Streikbrecher aus dem Mansfelder Lande zu verjagen und ihnen ihre schändliche Tätigkeit unmöglich zu machen. Dem bürgerlichen Staate und seiner Sozialdemokraten zum Trotz werden die Mansfelder Arbeiter den Kampf weiter verstärken und zum endgültigen Siege führen.



Die Braunkohlen-Kumpels

Für Euch, dann heißt Ihr Mansfeld!

2 Mark Lohnerhöhung pro Mann und Schicht auf den Effeitlohn!
Verlängerung der Arbeitszeit auf sechs Stunden unter und sieben Stunden über Tage!
Verminderung der Lohnpanne!
Diese Forderungen sind auch Eure Forderungen!
Sie wurden im vergangenen Jahre von der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie fallengelassen.
Stellt sie wieder auf! Nehmt in allen Betrieben Stellung!
Wählt vorbereitende Kampfausschüsse auf allen Gruben!
Schafft proletarischen Selbstschutz zum Kampf gegen die Streikbrecher!
Wählt Delegierte in Euren Belegschaften und schickt sie mit Euren Funktionären und Betriebsräten am Sonntag, dem 29. Juni, in die Braunkohlenrevier-Konferenzen!
Braunkohlenrevier-Konferenzen finden statt:
Für das Oberröblingen Revier in Stebten.
Für den Saalkreis in Halle.
Für das Zeitz-Weißenfeller Revier in Teufeln.
Für das Bitterfelder Revier in Sandersdorf.
Für das Bodwitzer Ländchen in Bodwitz.
Für das Geiseltal in Mücheln.
Schließt seit die Reihen der revolutionären Gewerkschaftsopposition!
Durch die Aufnahme des Kampfes der Braunkohlenarbeiter für unsere gemeinsamen Forderungen, wird die Kampffront gefährt.
Es lebe der Kampf der Mansfeld-Kumpels!
Es lebe der Kampf im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau!
Es lebe die revolutionäre Gewerkschaftsopposition!
Eis leben, am 24. Juni 1930.

Zentralkreisleitung
der Mansfelder Arbeiter

Heute heraus zur Massen-Kundgebung gegen Hungerdiktat, Lohnabbau, Massenentlassungen, für Solidarität mit Mansfeld, 16 1/2 Uhr auf dem Hallmarkt

